

BERICHT 2017

ZUM INSTITUTSBEZOGENEN SICHERUNGSSYSTEM DER RAIFFEISEN-BANKENGRUPPE NÖ-WIEN

Gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
LAGEBERICHT.....	3
Allgemeine Informationen.....	4
Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich.....	7
Entwicklung der Märkte.....	10
Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	13
Finanzielle Leistungsindikatoren	18
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung	21
Funding.....	24
Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag.....	25
Ausblick zur Entwicklung.....	26
RISIKOBERICHT.....	27
Risikobericht	28
AGGREGIERTE BILANZ UND AGGREGIERTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	51
Aggregierte Bilanz	52
Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung.....	57
ANLAGEN	61
Anlagen	62
Impressum	65

LAGEBERICHT

Allgemeine Informationen

Im Zuge der regulatorischen Änderungen durch Basel III ergaben sich einige wesentliche Anpassungen betreffend der zuvor im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch gebildete institutsbezogene Sicherungssysteme (Institutional Protection Scheme, IPS) besteht.

Im Sinne der Art. 49 Abs. 3 und 113 Abs. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) hat die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG (RLB NÖ-Wien) zusammen mit der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) und 61 niederösterreichischen Raiffeisenbanken (nö. Raiffeisenbanken) im Jahr 2013 einen Vertrag zur Errichtung des Landes-IPS (L-IPS) abgeschlossen. Dieser Vertrag dient der Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität und der Solvenz zur Vermeidung eines Konkurses der Vertragsparteien. Diese Haftungsvereinbarung ermöglicht es den Instituten zum einen Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Vertragspartner nicht von den eigenen Eigenmitteln abziehen zu müssen (Art. 49 Abs. 3 CRR), zum anderen dürfen die Institute Risikopositionen gegenüber anderen Vertragsparteien von der Anforderung der Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge ausnehmen (Art. 113 Abs. 7 CRR). Die Verträge zum IPS sehen klare Überwachungs- und Risikomaßnahmen vor. Demgemäß verfügt das IPS über geeignete und einheitlich geregelte Systeme für die Bewertung und Steuerung der Risiken. Dadurch ist ein vollständiger Über-

blick über die Risikosituation der einzelnen Mitglieder und das IPS insgesamt gewährleistet. Darüberhinaus definiert der Vertrag entsprechende Gremien und Beschlussinstanzen. Damit ist zur gesamthaften Steuerung des IPS ein umfangreiches Reporting (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie Lage- und Risikobericht) sichergestellt und dient damit auch als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen. Um diese Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können, besteht ein Früherkennungssystem, mit Hilfe dessen Problemfälle bei einzelnen Mitgliedern sowie beim IPS in seiner Gesamtheit möglichst frühzeitig erkannt bzw. diesen vorgebeugt werden sollen. Das L-IPS wurde von der Finanzmarktaufsicht (FMA) durch Bescheid vom 3. November 2014 genehmigt.

Die RLB NÖ-Wien und die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien haben darüber hinaus zusammen mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB*), den anderen Raiffeisenlandesbanken und einigen anderen Instituten der Raiffeisen-Bankengruppe einen inhaltsgleichen Vertrag zur Errichtung eines institutsbezogenen Sicherungssystems, dem Bundes-IPS (B-IPS), abgeschlossen.

Sowohl das B-IPS als auch das L-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des jeweiligen IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des B-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG (RBI) und für die Mitglieder des L-IPS kein Abzug ihrer Beteiligungen an der RLB NÖ-Wien und an der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einer Risikogewichtung von 0% angesetzt werden.

* Die RZB wurde im März 2017, rückwirkend per 30.6.2016, mit der Raiffeisen Bank International AG (RBI) verschmolzen. Das fusionierte Unternehmen firmiert als Raiffeisen Bank International AG.

In Erfüllung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR enthält der Vertrag insbesondere folgende Regelungen:

Früherkennung

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des IPS, aber auch des IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist ein Früherkennungssystem einzurichten. Die Früherkennung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des IPS.

Die Vertragsparteien verstehen unter dem Begriff „Früherkennung“ die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des IPS, aber auch beim IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Für das L-IPS wird das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien verwendet.

Risikorat

Als Entscheidungsgremium des L-IPS wird der Risikorat eingerichtet. Der Risikorat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsinstitute zusammen und umfasst mindestens sechs Mitglieder. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die den L-IPS-Vertrag und seine Umsetzung betreffen, sofern sie nicht der Versammlung der Vertragsparteien vorbehalten sind. Dies betrifft Änderungen des Vertrages, die Beendigung des Vertrages und die Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende des Risikorats vertritt das L-IPS nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber der FMA (einschließlich des Verfahrens zur Anerkennung des L-IPS). In dieser Funktion ist er auch berechtigt, Schriftstücke entgegenzunehmen und Anträge zu stellen sowie die ihm hiermit eingeräumte Vollmacht auf einen Substituten zu übertragen.

Einflussnahme

Die gesetzlich geforderte Einflussnahme ist charakterisiert wie folgt:

- sie erfolgt ausschließlich durch Beschluss des Risikorates;
- sie ist immer mit einer Maßnahme (siehe unten) verbunden und
- sie ist zu messen an § 39 BWG sowie an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Proportionalität und der sachlichen Angemessenheit.

Maßnahmen

Der Risikorat wird Maßnahmen insbesondere dann beschließen, wenn

- (i) eine ökonomische Fehlentwicklung vorliegt; oder
- (ii) ein Mitglied einen entsprechenden Antrag gestellt hat, wobei der Risikorat nicht an die beantragten Maßnahmen gebunden ist; oder
- (iii) ein Mitglied gegen den Vertrag verstoßen hat.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Auferlegung von Berichtspflichten bis zur Verfügungstellung von Eigenmitteln.

Monetäre Maßnahmen können an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Über die Art und den Umfang von Auflagen und Bedingungen entscheidet der Risikorat. Auflagen und/oder Bedingungen können beispielsweise sein:

- Bedingte Rückzahlungsverpflichtung mit Besserungsvereinbarung
- Restrukturierung, Rationalisierung sowie Fusionierung von IT- und Abwicklungssystemen
- Abbau von Assets
- Änderung der Zusammensetzung der Organe, insbesondere Geschäftsleitung
- Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern
- Einstellung von bestehenden Geschäftsfeldern.

Beitragsleistung

Die Mitglieder sind zur Leistung jährlicher Zahlungen zum Aufbau eines Sondervermögens (Stufe 1) sowie Ad-hoc Zahlungen verpflichtet. Ad-hoc Zahlungen werden vom Risikorat dann vorgeschrieben, wenn das Sondervermögen nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreicht (Stufe 2). Die Obergrenze für Ad-hoc Zahlungen im Rahmen von Stufe 2 liegt pro Geschäftsjahr bei 50% des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre.

Sofern auch die Zahlungen aus Stufe 2 nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern einstimmig zusätzliche Ad-hoc-Zahlungen bis zu einer Höhe von maximal 25% jener Eigenmittel vorschreiben, die die Eigenmittelgrenze überschreiten. Die Eigenmittelgrenze besteht aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen Mindesteigenmitteln (CET1-Quote, T1-Quote und EM-Gesamtquote) jeweils zuzüglich eines Puffers von 10%.

Vertrag

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jedes Mitglied ist berechtigt, diesen Vertrag unter Einhaltung einer mindestens zweijährigen Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderquartals zu kündigen.

Der vorliegende Bericht gem. Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR wird für das L-IPS erstellt. Der Bericht zum 31. Dezember 2017 umfasst den Lagebericht, den Risikobericht sowie eine

aggregierte Bilanz und GuV. Darin einbezogen sind die Mitglieder des L-IPS:

- die RLB NÖ-Wien,
- die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien,
- 54 nö. Raiffeisenbanken (siehe Anlage 1),
- der Solidaritätsverein der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien,

weitere

- die Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (siehe Anlage 2).

Gegenüber dem 31. Dezember 2016 hat sich die Anzahl der einbezogenen nö. Raiffeisenbanken infolge Fusion um zwei Raiffeisenbanken reduziert.

Die im Bericht angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden orientieren sich grundsätzlich an den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches (UGB) i.V.m. dem Bankwesengesetz (BWG).

Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

Kooperation stärkt Marktposition

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrie-Unternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft.

Die dreistufig aufgebaute Raiffeisen-Bankengruppe Österreich besteht aus selbständigen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RBI (3. Stufe).

Die 407 selbständigen Raiffeisenbanken mit ihren Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Raiffeisen-Landeszentrale sind.

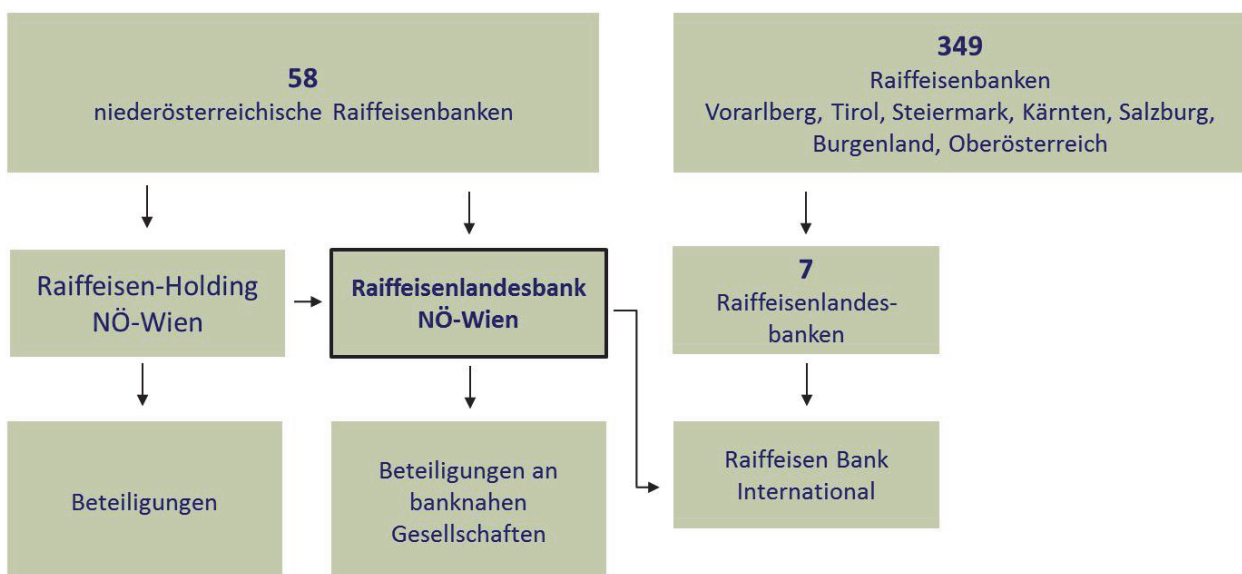
Die Raiffeisen-Landeszentralen wiederum sind der RBI als Zentralinstitut der Raiffeisen Bankengruppe Österreich angeschlossen.

Raiffeisen NÖ-Wien besteht aus der RLB NÖ-Wien mit den nö. Raiffeisenbanken sowie einer der größten privaten Beteiligungsholdings Österreichs, der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Die RLB NÖ-Wien und die nö. Raiffeisenbanken betreuen an knapp 500 Standorten mehr als 1,2 Mio. Kunden umfassend in allen Finanzfragen.

In der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien sind die Unternehmensbeteiligungen von Raiffeisen NÖ-Wien gebündelt. Als Genossenschaft steht sie im Eigentum ihrer Mitglieder, deren wichtigste Gruppe die nö. Raiffeisenbanken sind. Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien hält Mehr- und Minderheitsbeteiligungen an mehreren Hundert Unternehmen. In der Ostregion Österreich sichert Raiffeisen NÖ-Wien rund 16.500 Arbeitsplätze ab.

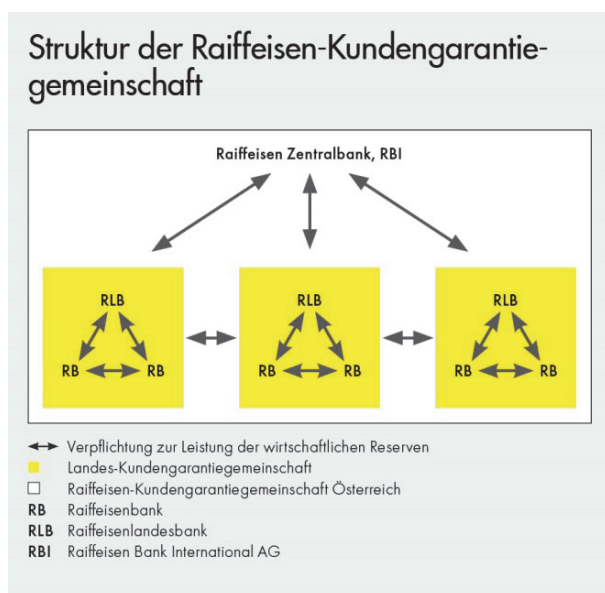
Raiffeisen-Bankengruppe Österreich



Als aktive Verbundbank unterstützt die RLB NÖ-Wien die nö. Raiffeisenbanken mit ihren Services und Dienstleistungen umfassend bei ihren Marktaktivitäten. Aufgrund des herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds steht dabei vor allem die

Nutzung von Synergien im Vordergrund. Eine wesentliche Aufgabe der RLB NÖ-Wien liegt im Management der Liquidität für die Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien (Liquiditätsausgleichsfunktion).

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich



Im Jahr 2000 war die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich mit der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) Vorreiter bei der Einlagensicherung in Österreich. Die RKÖ hat rechtlich verbindlich gemacht, was innerhalb der

Raiffeisen-Bankengruppe Österreich von Beginn an galt: die Raiffeisenbanken, die Raiffeisen-Landeszentralen und die RBI unterstützen einander so, dass kein Kunde und Gläubiger zu Schaden kommen soll. Die RKÖ garantiert in Ergänzung zur gesetzlichen österreichischen Einlagensicherung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken die Einlagensicherheit für bis zu 100% der Kundeneinlagen. Sie umfasst – im Gegensatz zur gesetzlichen Einlagensicherung – sämtliche Einlagen der Sparer, egal ob es sich um Privatkunden handelt oder um Unternehmen. Darüber hinaus gilt sie auch für alle Fremdwährungseinlagen sowie die eigenen Wertpapieremissionen der Mitgliedsbanken.

Die Kundengarantiegemeinschaft ist zweistufig organisiert. Einerseits auf Landesebene, auf der beispielsweise Raiffeisenbanken aus Niederösterreich gegenseitig Kundeneinlagen garantieren, und andererseits dient als zweite Sicherheitsstufe die Bundeskudengarantiegemeinschaft, die dann zum Tragen kommt, wenn die jeweilige Landessicherung nicht ausreicht. Somit stellt die Kundengarantiegemeinschaft der Raiffeisenbanken, Raiffeisenlandesbanken und der RBI ein doppeltes Netz für die Sicherheit der Kundeneinlagen dar.

Entwicklung der Märkte

Konjunktur international und in Europa

Im Jahr 2017 gab es einige Ereignisse mit hohem Risiko für das Finanzsystem, die sich letzten Endes aber als harmlos herausgestellt haben: Seien es die Brexit-Verhandlungen, die Präsidentschaftswahlen in Frankreich und den Niederlanden, die US-Politik unter Trump oder die Gefahr eines Atomkrieges. Zu größeren Verwerfungen an den Finanzmärkten kam es nicht, wohl auch deswegen, weil die immer noch expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken weiterhin unterstützend auf die Finanzmärkte wirkt.

Die Wachstumsraten in der Eurozone beschränken sich mittlerweile nicht mehr auf einzelne Länder sondern umfassen den gesamten Wirtschaftsraum. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im vierten Quartal 2017 um 0,6% gegenüber dem Vorquartal. Für Schwung sorgten vor allem die vier großen Volkswirtschaften des Währungsraums. Das positive Sentiment hielt sich über das gesamte Jahr hinweg und wurde von den rekordhohen Stimmungsindikatoren angekündigt: Die Prognose der EZB für das Jahr 2017 wurde mit einem BIP-Wachstum von 2,5% sogar übererfüllt.

Die Arbeitslosenquote verharrte im Dezember auf 8,7% und ist der seit Jänner 2009 niedrigste Wert. Anders als ihr US-Pendant hat die EZB kein Mandat zur Förderung von Vollbeschäftigung. Sie richtet ihre Geldpolitik primär an ihrem Inflationsziel aus, das sie jedoch seit Jahren verfehlt. So blieb die Inflation im gesamten Jahr unter dem EZB-Ziel von „nahe, aber unter 2,0%“ (Dezember: 1,4% in der Gesamtrate und nur 1,1% gegenüber dem Vorjahr in der Betrachtung ohne Energie und Nahrungsmittel). Der zwischenzeitliche Anstieg der Kernrate im Frühjahr hat sich als nicht nachhaltig erwiesen. Er war vor allem auf den kurzfristigen Preissprung bei Pauschalreisen und Hotelübernachtungen zurückzuführen.

Um die Preissteigerung nachhaltig Richtung EZB-Zielniveau zu bringen, bleibt die Geldpolitik anhaltend expansiv ausgerichtet. Das Anleihenkaufprogramm wurde im Oktober 2017 verlängert und zwar mit halbem Volumen (d.h. monatliche Käufe ab Jänner 2018 i.H.v. EUR 30 Mrd.) um mindestens neun Monate bis September 2018. Die Zinsen werden weit

über die Zeit der Wertpapierkäufe hinaus auf dem aktuellen Niveau bleiben, wie die Währungshüter regelmäßig betonen.

Konjunktur in Österreich

Gemäß der Prognose des WIFO vom Dezember ist die heimische Wirtschaft 2017 um 3,0% gewachsen und hat damit erstmals seit mehreren Jahren den Eurozonen-Schnitt wieder übertroffen. Treiber der Konjunktur sind neben den Investitionen (vor allem Ausrüstungsinvestitionen nehmen deutlich zu) die Exporte, die vom verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld profitieren. Auch der private Konsum, der durch den starken Beschäftigungsanstieg gestützt wird, liefert einen wesentlichen Wachstumsbeitrag. Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass der Aufschwung nicht nur kräftig ausfällt, sondern auch breit aufgestellt und damit gut abgesichert ist. Es gibt keinerlei Anzeichen für einen bevorstehenden Abschwung, im Gegenteil: Die österreichische Wirtschaft ist am Weg in die Hochkonjunktur bzw. befindet sich vielleicht sogar schon in der Boomphase.

Steigende Erdölpreise trieben die Inflation 2017 auf 2,1% gegenüber dem Vorjahr, den höchsten Wert seit fünf Jahren. Damit besteht ein Inflationsdifferenzial von einem (guten) halben Prozentpunkt zum Durchschnitt der Eurozone, wofür in erster Linie die dynamische Entwicklung der heimischen Dienstleistungspreise verantwortlich ist. Einmal mehr feuerten auch die Mieten die allgemeine Preisentwicklung an. Gemäß dem Lehrbuch sollte die hohe Konjunkturdynamik den Preisdruck erhöhen, allerdings dämpfte der stärkere Euro die Importpreise.

Die lebhaftige Konjunktur machte sich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar: Die Beschäftigung steigt stark, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Dass der Rückgang geringer ausfällt als in früheren Aufschwungsphasen hat zwei Gründe: Einerseits steigt das Arbeitskräfteangebot (hauptsächlich aufgrund der Zuwanderung und der höheren Erwerbsquoten von älteren Personen und Frauen), andererseits fehlt es zunehmend an der richtigen Qualifikation.

Finanzmärkte im Überblick

- Die EZB-Leitzinsen blieben im Jahr 2017 unverändert, der Hauptrefinanzierungssatz („Leitzins“) bei 0%, der Einlegesatz bei -0,4%. Deswegen und aufgrund der im Laufe des Jahres weiter gestiegenen Überschussliquidität notierten die Geldmarktsätze (Eonia und Euribors) in 2017 durchgängig im negativen Bereich.
- Am Anleihenmarkt fiel im Jahresverlauf 2017 auf, dass Renditen der Kernländer der Eurozone anstiegen, während jene mancher Peripherieländer spürbar zurückgingen. Im historischen Vergleich bleiben Renditen weltweit niedrig – vor allem wenn man die Stärke des globalen Aufschwungs mit in Betracht zieht.
- Am Devisenmarkt legte der Euro zum US-Dollar um gut 14% zu und schloss das abgelaufene Jahr mit Notierungen von rund 1,20 USD ab (Jahresanfang: 1,05 USD). Wohl aufgrund des abnehmenden (geo)politischen Risikos fand über den Sommer eine Neubewertung des Schweizer Franken statt.
- 2017 war ein überraschend gutes Jahr an den internationalen Aktienmärkten. In vielen Indizes wurden neue Mehrjahres- wenn nicht sogar Allzeithöchststände erreicht. Der DAX konnte einen Kursanstieg von 12,5% verbuchen, der ATX legte sogar knapp 31% zu.

Zinsentwicklung

Das Jahr 2017 brachte hohe Schwankungen an den Rentenmärkten mit sich. Die Rendite der 10-jährigen deutschen Staatsanleihe konnte sich von 0,185% zu Jahresanfang auf 0,424% Ende Dezember mehr als verdoppeln, während des Jahres wurden aber sowohl höhere als auch niedrigere Stände verzeichnet. Aufgrund der hohen politischen Risiken im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahl fiel die Rendite Mitte April bis auf 0,15%. Nach dem Sieg von Macron und dem Auspreisen der politischen Unsicherheiten stiegen die Renditen an. Nach einer vielbeachteten Rede von EZB-Präsident Mario Draghi Ende Juni im portugiesischen Sintra, in der er auf die Stärke des Konjunkturaufschwungs verwies und einen geldpolitischen Kurswechsel andeutete, gab es eine starke Aufwärtsbewegung auf ein Hoch von 0,64% am 14. Juli. Kurzlaufende Anleihen stiegen ebenfalls an, weshalb

die Zinskurve im Vergleich von Jahresanfang zum -ende nur unwesentlich steiler wurde.

In vielen Peripherieländern gingen die Renditen 2017 spürbar zurück. So lag das Minus bei 10-jährigen portugiesischen Staatsanleihen bei fast zwei, bei griechischen sogar etwas über drei Prozentpunkten.

Die immer weiter zunehmende Überschussliquidität unter den Banken (sie betrug Ende Dezember 2017 knapp EUR 1,8 Bio.) hielt die Geldmarktsätze im negativen Bereich. Der 3-Monats-Euribor wurde am ersten Handelstag des Jahres bei -0,318% fixiert, am 29. Dezember 2017 lag das Fixing bei -0,329%.

Währungen und Aktienmärkte

Das Jahr 2017 war von einer doch etwas überraschenden Euro-Stärke geprägt. Der EUR/USD-Kurs kletterte von 1,05 zum Jahresanfang auf rund 1,20 zum Jahresende, was einer Euro-Aufwertung von gut 14% entspricht.

Auch gegenüber dem Schweizer Franken gewann der Euro an Wert. Der Schlusskurs des letzten Handelstages im Jahr 2017 lag bei 1,17 EUR/CHF. Das entspricht einem Anstieg um gut 9% im Vergleich zum Jahresauftakt. Knapp drei Jahre nach der Aufhebung der Wechselkurs-Bindung hat sich der Kurs des Euro wieder annähernd auf das Niveau von damals erholt, doch der Franken ist nach Ansicht der Schweizerischen Nationalbank (SNB) weiterhin hoch bewertet. Der Kampf gegen den starken Franken ist also noch nicht beendet – was bedeutet, dass die Negativzinsen in der Schweiz noch eine ganze Weile Bestand haben werden.

Das britische Pfund Sterling setzte bis zum Sommer seinen im November 2015 begonnenen Abwertungstrend fort: Der EUR/GBP-Kurs kletterte von 0,85 zum Jahresanfang 2017 auf rund 0,93 Ende August 2017. Die indirekte Ankündigung einer Zinsanhebung der Bank of England (Anfang November erhöhte die Notenbank den Leitzins um 25 BP auf 0,5%) führte zu einer Gegenbewegung. EUR/GBP schloss das Jahr 2017 bei 0,8878. Das Währungspaar bleibt weiter hauptsächlich von der Nachrichtenlage rund um die Brexit-Verhandlungen getrieben.

2017 war ein überraschend gutes Jahr an den internationalen Aktienmärkten. Abnehmende politische Risiken in Kombination mit immer besseren Konjunkturdaten bei gleichbleibend günstigen Finanzierungsbedingungen ließen die Kurse weltweit steigen. Der bedeutendste deutsche Aktienindex (DAX) kletterte – mit Ausnahme einer mehrwöchigen, im Ausmaß aber überschaubaren Korrektur über den Sommer – fast kontinuierlich nach oben. Am 7. November 2017 erreichte er ein neues Allzeithoch bei 13.525 Indexpunkten. Gewinnmitnahmen führten zu einer leichten Korrektur zum Jahresende hin, im Jahresvergleich kann dennoch ein Plus von 12,5% verbucht werden. Der ATX legte sogar knapp 31% zu, die wichtigsten US-amerikanischen Indizes zwischen 19% (S&P 500) und 28% (NASDAQ). Auch die Schwellenländer performten zufriedenstellend: Sowohl in den CEE-Ländern als auch in Südafrika, China, Indien und Brasilien wurden Jahreszuwächse in der Größenordnung von etwa 20% erreicht. Der russische Markt war mit einem leichten Kursrückgang die Ausnahme.

Generell stellte sich das Aktienjahr 2017 als sehr volatilitätsarm dar. Insbesondere der S&P 500 zeigte ein nahezu schwankungsfreies Jahr, sein Volatilitätsindex (VIX) fiel im November 2017 auf das tiefste Niveau seit 1928.

Entwicklung des österreichischen Bankensektors

Im Jahr 2017 schrumpfte die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute weiter. Der 2012 begonnene Abwärtstrend setzte sich somit fort. Die zuletzt erhoffte Trendwende bei den Krediten an Kunden (Nichtbanken) fand nicht statt: Nach den Zuwächsen im zweiten und dritten Quartal 2016 gab es seither in jedem Vierteljahr einen Rückgang (jeweils im Vergleich zum Vorjahr). Die über weite Teile des Jahres 2017 sehr positive Entwicklung an den Aktienmärkten schlägt sich auch in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ nieder: Hier konnte bis inklusive dem dritten Quartal 2017 fünf Quartale in Folge Zuwächse von zumindest 4% erreicht werden. Lediglich im vierten Quartal gab es einen Rückgang um 7,9% im Vorjahresvergleich.

Passivseitig nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ab dem zweiten Quartal 2017 erstmals seit langem wieder zu, im vierten Quartal 2017 sogar um 4,0% gegenüber dem Vorjahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Nichtbanken) legten im vierten Quartal um nur noch 0,1% zu, so wenig wie zuletzt vor vier Jahren.

Die Ertragslage der österreichischen Banken verbesserte sich 2017 erheblich: Im vierten Quartal lag der Nettozinsertrag zwar um 3,7% unter dem Vorjahreswert, die Betriebserträge jedoch um 2,8% darüber. Da die Betriebsaufwendungen schon mehrere Quartale in Folge fielen (im vierten Quartal um 5,0% im Vorjahresvergleich), verbesserte sich das Betriebsergebnis deutlich: Im vierten Quartal 2017 betrug es EUR 6.640,3 Mio. und lag damit um EUR 1.208,8 Mio. über dem Vorjahresniveau. Das ist ein Anstieg von 22,3%.

Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage 2017

Die nachstehend angeführten Tabellen können Rundungsdifferenzen enthalten.

in TEUR	2017	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Nettozinsertrag	448.911	480.589	-31.679	-6,6
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	87.423	145.081	-57.658	-39,7
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	560.898	-104.450	665.348	-
Provisionsüberschuss	177.944	166.677	11.267	6,8
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	14.834	-940	15.774	-
Sonstige betriebliche Erträge	119.764	111.857	7.907	7,1
Betriebserträge	1.409.773	798.814	610.959	76,5
Personalaufwand	-304.707	-340.307	35.599	-10,5
Sachaufwand	-246.618	-243.287	-3.331	1,4
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-551.325	-583.594	32.268	-5,5
Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-29.130	-29.861	731	-2,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-64.797	-65.729	931	-1,4
Betriebsaufwendungen	-645.253	-679.184	33.931	-5,0
Betriebsergebnis	764.520	119.631	644.889	>100

Der Nettozinsertrag lag im Jahr 2017 bei EUR 448,9 Mio. (VJ: 480,6 Mio.), zu dem die nö. Raiffeisenbanken EUR 349,7 Mio. bzw. 77,9% beitrugen. Infolge der EZB-Politik war das Zinsergebnis aufgrund des negativen Zinsniveaus unter Druck. Die negativen Geldmarktsätze führten zu einem spürbaren Rückgang der Margen im Einlagengeschäft. Für den erwarteten Aufwand für Zins-Rückerstattungen bei Krediten wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Der Nettozinsertrag sank daher gegenüber dem Vorjahr um -6,6 %.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen i.H.v. EUR 87,4 Mio. (VJ: 145,1 Mio.) enthielten vor allem die – aufgrund von Sonderausschüttungen im Vorjahr deutlich gesunkenen – Erträge aus den Beteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Das Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen ist geprägt durch den Ergebnisbeitrag des Konzerns der RBI, an dem die RLB NÖ-Wien 22,66% hält, und beinhaltet neben dem anteiligen Ergebnis der RBI i.H.v. EUR 236,9 Mio. eine Aufholung der Impairments („reversal-impairment“) der Vorjahre i.H.v. EUR 305,3 Mio.

Der Provisionsüberschuss erreichte 2017 EUR 177,9 Mio. (VJ: 166,7 Mio.), zu dem die nö. Raiffeisenbanken ca. 69,6% beitrugen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 119,8 Mio. (VJ: 111,9 Mio.) enthielten von der RLB NÖ-Wien Erträge von Derivaten (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, sonstige Erträge aus dem derivativen Geschäft) in Höhe von EUR 21,6 Mio. (VJ: 21,0 Mio.).

Aus den beschriebenen Entwicklungen resultierten für das Geschäftsjahr 2017 **Betriebserträge** i.H.v. EUR 1.409,8 Mio., nach EUR 798,8 Mio. im Jahr 2016.

Der **Personalaufwand** betrug im Jahr 2017 EUR 304,7 Mio. (VJ: 340,3 Mio.), wovon knapp 2/3 auf die nö. Raiffeisenbanken entfielen. Er lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert, der als Sonderfaktor eine Rückstellung für freiwillige Abfertigungen in der RLB NÖ-Wien i.H.v. EUR 21,2 Mio. enthielt.

Der **Sachaufwand** betrug im Jahr 2017 EUR 246,6 Mio., nach EUR 243,3 Mio. im Jahr 2016. Davon entfielen EUR 115,0 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken, EUR 104,5 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 25,6 Mio. auf die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Bereinigt um die Aufwendungen für Derivate (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, Zuweisung zur Rückstellung für Zinsderivate in funktionalen Einheiten, sonstige Aufwendungen aus dem derivativen Geschäft) i.H.v. EUR 18,8 Mio. (VJ: 20,8 Mio.), die in der RLB NÖ-Wien anfielen, betragen die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** rund EUR 46,0 Mio. (VJ: 44,9 Mio.). Darin enthalten waren insbesondere die Aufwendungen für die Dotierung des europäischen Abwicklungsfonds und des Einlagensicherungsfonds.

In Summe lagen die **Betriebsaufwendungen** im Jahr 2017 bei EUR 645,3 Mio., nach EUR 679,2 Mio. im Jahr 2016.

Für das L-IPS wird im Jahr 2017 ein **Betriebsergebnis** i.H.v. EUR 764,5 Mio. (VJ: 119,6 Mio.) ausgewiesen.

in TEUR	2017	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Betriebsergebnis	764.520	119.631	644.889	>100
Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren Umlaufvermögen Bankbuch	15.796	-30.515	46.311	-
Ergebnis aus Wertpapieren Anlagevermögen und Beteiligungen	-20.592	6.966	-27.558	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	759.724	96.082	663.642	>100
Außerordentliches Ergebnis	-9.911	-29.747	19.835	-66,7
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-16.947	-21.755	4.808	-22,1
Sonstige Steuern	-14.961	-33.782	18.821	-55,7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	717.905	10.798	707.107	>100
Rücklagenbewegung	-93.104	-71.971	-21.132	29,4
Jahresgewinn/Jahresverlust	624.801	-61.174	685.975	-
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	29.712	36.979	-7.268	-19,7
Feste Vergütungen für Partizipationskapital	-75	-857	782	-91,3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	654.438	-25.052	679.490	-

Das **Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren des Bankbuch Umlaufvermögens** betrug EUR 15,8 Mio. (VJ: -30,5 Mio.).

Das **Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens und Beteiligungen** beläuft sich auf EUR -20,6 Mio. (VJ: 7,0 Mio.). Darin enthalten sind

ausschüttungsbedingte Wertberichtigungen auf Beteiligungsbuchwerte der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (EUR 30,2 Mio.).

Das **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen** beträgt in Summe im Jahr 2017 EUR -4,8 Mio., nach EUR -23,5 Mio. im Jahr 2016.

Das EGT des L-IPS betrug im Jahr 2017 EUR 759,7 Mio., nach einem EGT von EUR 96,1 Mio. im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** i.H.v. EUR 717,9 Mio. (VJ: 10,8 Mio.) berücksichtigt die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken im außerordentlichen Ergebnis (EUR -9,9 Mio.), die Steuern vom Einkommen und Ertrag (EUR -16,9 Mio.) sowie die sonstigen Steuern (EUR -15,0 Mio.). Dieser Posten wird fast ausschließlich von der Bankenabgabe dominiert.

Die **Rücklagenbewegung** i.H.v. EUR -93,1 Mio. enthält vor allem Zuweisungen der Raiffeisenbanken an die Gewinnrücklage. In der Rücklagenbewegung wird auch der Beitrag der RLB NÖ-Wien und der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien an das B-IPS – das gemeinsam mit der RBI und den anderen Raiffeisenlandesbanken gegründete Institutsbezogene Sicherungssystem im Sinne der Bestimmungen der CRR – zur Dotierung des ex-ante Fonds i.H.v. EUR 6,1 Mio. ausgewiesen.

Nach Berücksichtigung der Rücklagenbewegung beträgt der **Jahresgewinn** des L-IPS per 31. Dezember 2017 EUR 624,8 Mio., nach einem Jahresverlust i.H.v. EUR -61,2 Mio. im Jahr 2016.

Zuzüglich des Gewinnvortrags i.H.v. EUR 29,7 Mio. ergibt sich ein **Bilanzgewinn** i.H.v. EUR 654,4 Mio., nach einem Bilanzverlust i.H.v. EUR -25,1 Mio. im Jahr 2016.

Bilanzstruktur 2017

Die Bilanzstruktur des L-IPS ist aktivseitig dominiert von der Position Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite zeigt der hohe Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber

Kunden (ca. 62% der Bilanzsumme) die solide Refinanzierungsstruktur des L-IPS.

Aktiva

in EUR Mio.	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	3.368	4.148	-781	-18,8
Forderungen an Kunden	23.445	22.874	572	2,5
Festverz. u. nicht festverz. Wertpapiere	5.447	5.085	362	7,1
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	3.696	3.047	649	21,3
Übrige Aktiva	2.785	2.146	639	29,8
Bilanzsumme	38.740	37.300	1.440	3,9

Die **Forderungen an Kreditinstitute** betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 3.367,5 Mio. (VJ: 4.148,4 Mio.) und entfielen fast ausschließlich auf die Geschäftstätigkeit der RLB NÖ-Wien.

Die **Forderungen an Kunden** lagen zum 31. Dezember 2017 bei EUR 23.445,2 Mio. (VJ: 22.873,6 Mio.). Davon entfielen EUR 11.401,1 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 12.039,1 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken.

Der **Wertpapierbestand** betrug zum 31. Dezember 2017 EUR 5.446,8 Mio. (VJ: 5.085,7 Mio.).

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** wiesen zum 31. Dezember 2017 einen Stand von EUR 3.695,9 Mio. (VJ: 3.047,2 Mio.) auf. Darin waren sowohl die von der RLB NÖ-Wien (indirekt) gehaltene Beteili-

gung an der RBI als auch die Industriebeteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien enthalten.

Das Volumen der **übrigen Aktiva** betrug EUR 2.784,5 Mio. (VJ: 2.145,6 Mio.). Darin enthalten waren vor allem das Sachanlagenvermögen, die Guthaben bei Notenbanken und die Handelsbuchderivate der RLB NÖ-Wien.

Passiva

in EUR Mio.	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.586	3.612	-26	-0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (ohne Spar)	13.115	12.106	1.009	8,3
Spareinlagen	10.991	10.878	113	1,0
Verbriefte Verbindlichkeiten i.w.S.	5.916	6.304	-388	-6,2
Rückstellungen	334	353	-19	-5,3
Eigenkapital	3.888	3.023	865	28,6
zusätzl. Kernkapital	95	95	0	0,0
übrige Passiva	815	929	-114	-12,3
Bilanzsumme	38.740	37.300	1.440	3,9

Das Volumen der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beträgt zum Bilanzstichtag 2017 EUR 3.585,6 Mio. (VJ: 3.611,6 Mio.). Diese Refinanzierungsmittel werden von der RLB NÖ-Wien aufgebracht.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inklusive Spareinlagen** konnten um EUR 1.122,2 Mio. ausgeweitet werden und betragen EUR 24.106,6 Mio. (VJ: 22.984,4 Mio.), die zu ca. zwei Drittel den nö. Raiffeisenbanken zuzuordnen waren.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten i.w.S.** (inklusive Ergänzungskapital) sanken zum 31. Dezember 2017 gegenüber dem Vorjahr um EUR -388,4 Mio. auf EUR 5.915,5 Mio.

(VJ: 6.303,9 Mio.) und wurden fast ausschließlich von der RLB NÖ-Wien emittiert.

Das L-IPS hat zum Bilanzstichtag 2017 **Eigenkapital** i.H.v. EUR 3.888,2 Mio. (VJ: 3.022,8 Mio.) zu Buche stehen. Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 865,4 Mio. gestiegen und setzt sich überwiegend aus Gewinnrücklagen zusammen (EUR 2.324,7 Mio.; VJ: 2.153,9 Mio.).

Die Position **übrige Passiva** beinhaltet die **Sonstigen Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzungsposten** und betrug per 31. Dezember 2017 EUR 814,5 Mio. (VJ: 929,5 Mio.).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Erfolgskennzahlen

Die **Cost/Income-Ratio** – das sind die Betriebsaufwendungen im Verhältnis zu den Betriebserträgen (exklusive Wertaufholung RBI-Buchwert) – lag im Jahr 2017 bei 58,4%, nach 68,5% im Jahr 2016.

Der **Return on Equity nach Steuern** – die Eigenkapitalverzinsung bezogen auf das durchschnittliche Eigenkapital – erreichte im Jahr 2017 einen Wert von 20,8% (VJ: 0,4%).

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Für das L-IPS sind die Bestimmungen gemäß CRR sowie die in das BWG übernommenen Bestimmungen der Capital Requirements Directive (CRD) IV für die Berechnung der Eigenmittel maßgeblich. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des L-IPS werden originär auf Basis der Zahlen des IPS errechnet. Der Buchwert der Beteiligung an der RBI wird wie andere Beteiligungen an Kreditinstituten nach Berücksichtigung des entsprechenden Freibetrags und unter Anwendung der bezughabenden Übergangsbestimmungen der CRR abgezogen.

in TEUR	2017	2016
Eingezahltes Kapital	237.482	238.328
Einbehaltene Gewinne	3.601.362	2.749.454
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	3.838.844	2.987.782
Immaterielle Vermögensgegenstände inkl. Firmenwerte	-12.723	-10.582
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-1.603.150	-1.068.814
Korrekturposten bonitätsbedingte Wertänderung Derivate	-1.023	-1.306
Wertanpassung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-1.528	-1.878
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten (CET1)	2.220.419	1.905.202
Zusätzliches Kernkapital	95.000	95.000
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Sonstige Übergangsanpassungen	-95.000	-95.000
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugsposten (AT1)	0	0
Kernkapital nach Abzugsposten (T1)	2.220.419	1.905.202
Ergänzungskapital	724.699	782.366
Haftsummenzuschlag	167.789	204.290
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen nach Standardansatz	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-198.683	-300.953
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten (T2)	693.805	685.702
Gesamte anrechenbare Eigenmittel	2.914.224	2.590.903
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.727.365	1.733.371
Eigenmittelüberschuss	1.186.859	857.532
Überdeckungsquote in %	68,7	49,5
Harte Kernkapitalquote in % (CET1 Ratio)	10,3	8,8
Kernkapitalquote in % (Tier 1 Ratio)	10,3	8,8
Eigenmittelquote in % (Total Capital Ratio)	13,5	12,0

Die **anrechenbaren Eigenmittel** des IPS NÖ-Wien erreichten zum 31. Dezember 2017 ein Volumen von EUR 2.914,2 Mio. (VJ: 2.590,9 Mio.).

Die **Common Equity Tier 1 (CET 1) Ratio** (transitional) beträgt per 31. Dezember 2017 10,3% (VJ: 8,8%). Die **Total**

Capital Ratio beträgt 13,5% (VJ: 12,0%). Beide Kennzahlen liegen damit deutlich über dem gesetzlichen Mindestfordernis gemäß Art. 92 Abs. 1 lit a bis c CRR zuzüglich des von der FMA vorgeschriebenen zusätzlichen Eigenmittelerfordernisses von 2,5%, welches, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2016, sukzessive bis zum 31. Dezember 2022 sicherzustellen ist. Die einzuhaltenden Quoten für das Geschäftsjahr 2017 belaufen sich daher für die Common Equity Tier 1 Ratio auf 5,214% und für die Total Capital Ratio auf 8,714%. Das L-IPS verfügt demnach über eine ausreichende Eigenmittelbasis.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für das L-IPS und seine Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Solidaritätsverein trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des L-IPS entsprechenden Früherkennungssystems. Er bedient sich dabei zur Erfüllung seiner Aufgaben der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien. Mit der Erstellung der für das L-IPS erforderlichen Berichte (Bilanz, GuV, Lagebericht und Risikobericht) sowie der Eigenmittelberechnung wurde die RLB NÖ-Wien beauftragt, die damit auch die Verantwortung für ein angemessenes internes Kontrollsystem (IKS) hinsichtlich des gesamten Rechnungslegungsprozesses trägt.

Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Im L-IPS hat man sich für die erweiterte Zusammenfassungsverrechnung gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) sublit iv) CRR sowie für den Bericht mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR entschieden. In der Folge soll sowohl hinsichtlich der erweitert aggregierten Zusammenfassungsverrechnung als auch hinsichtlich der für den L-IPS-Bericht notwendigen Bilanz und GuV von der erweitert aggregierten Bilanz und der erweitert aggregierten GuV gesprochen werden. Es wird in Folge auch im Rahmen der erweiterten Aggregation vereinfachend von „Konsolidierung“ gesprochen, wenngleich es Unterschiede zur Konsolidierung gemäß Richtlinie 86/635/EWG, die bestimmte Anpassungen der Richtlinie 83/349/EWG enthält, oder der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die die konsolidierten Abschlüsse von Kreditinstitutsgruppen regelt, gibt.

Im Rahmen der Berichterstattung gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR wird das L-IPS als Ganzes dargestellt, ohne die quantitativen Angaben wieder auf die Mitglieder des L-IPS herun-

ter zu brechen. Somit erfolgen von diesem Grundsatz her etwa keine Darstellung der Beiträge der einzelnen Mitglieder des L-IPS zum Sondervermögen und keine Darstellung der SREP-Ratios der einzelnen Mitglieder des L-IPS.

Kontrollumfeld

In der RLB NÖ-Wien ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine laufende Dokumentation risikorelevanter Prozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen stattfindet. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges, mehrstufiges Reporting über Wirksamkeit und Reifegrad.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien bzw. bei den Raiffeisenbanken durch das Rechnungswesen. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sowie Raiffeisenbanken sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich.

IPS-Konsolidierung

Im L-IPS betrifft die Konsolidierung die Verflechtungen zwischen den 54 nö. Raiffeisenbanken, der RLB NÖ-Wien, der Raiffeisen Holding NÖ-Wien sowie den restlichen Mitgliedern der Kreditinstitutsgruppe und dem Solidaritätsverein. Die erweiterte Aggregation erfolgt ohne historische Daten. So kann man etwa bei der Kapitalkonsolidierung auch in den folgenden Jahren stets von einer Art Erstkonsolidierung sprechen.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind im für Banken anzuwendenden BWG-Schema erstellt. Als Basis für den L-IPS Bericht werden die Jahresabschlüsse der Mitglieder nach UGB bzw. UGB/BWG herangezogen. Ausgenommen davon sind die Equity-Beteiligungen, für die nur ein Konzernabschluss auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) verfügbar ist. Für Zwecke des L-IPS wird das Ergebnis der Equity-Bilanzierung aus dem IFRS-Rechnungslegungsabschluss herangezogen.

Kapitalkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei der Kapitalkonsolidierung wird das anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens, das auf den Anteil der Mutter an diesem Unternehmen entfällt, mit dem Beteiligungsbuchwert, mit dem die Beteiligung an der Tochtergesellschaft im Einzelabschluss der Muttergesellschaft steht, aufgerechnet.

Die additive Zusammenfassung der Einzelbilanzen zu einer gesamthaften Bilanz würde unweigerlich zu Doppelzählungen und damit zu einer Doppelverwendung der Eigenmittel führen. Es sind daher der Beteiligungsbuchwert u.a. der 54 nö. Raiffeisenbanken und das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien gegeneinander aufgerechnet; diese Kapitalkonsolidierung erfolgt ohne historische Daten (Erstkonsolidierung). Sollten diese Buchwerte höher sein als das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), wird der darüber hinausgehende Betrag mit den Gewinnrücklagen konsolidiert verrechnet. Im Vorfeld der Kapitalkonsolidierung ist gegebenenfalls eine Konsolidierung von Zu- und Abschreibungen des Geschäftsjahres sowie Aufwertungen im Zusammenhang mit den Beteiligungen durchzuführen.

Schuldenkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Teil der Schuldenkonsolidierung können neben den als explizit ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten unter anderem auch sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse oder sonstige finanzielle Verpflichtungen sein.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV wird samt Lage- und Risikobericht im Risikorat behandelt und zur Verabschiedung vorgelegt sowie im Rahmen des L-IPS-Berichtes auf der Internetseite der RLB NÖ-Wien veröffentlicht.

Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei den Positionen der GuV wird im Rahmen der erweiterten Aggregation grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich bestimmte Aufwands- und Ertragspositionen aus Geschäften zwischen den Mitgliedsinstituten ausgleichen und sich somit etwa das Zins- und Provisionsergebnis auch bei entsprechender Aufwands- und Ertragskonsolidierung nicht ändern würde. GuV-Positionen als Folge von Verflechtungen, die sich nicht ausgleichen und die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage haben (z.B. Dividendenausschüttungen innerhalb des L-IPS, Zu- und Abschreibungen auf Instrumente von L-IPS-Mitgliedern, Erträge aus Veräußerungstransaktionen innerhalb des L-IPS) werden konsolidiert.

Information und Kommunikation

Grundlage für die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind standardisierte Datenerhebungen von den erfassten Unternehmen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei in der Dokumentation zur Erstellung der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung für das L-IPS gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) sublit iv) CRR sowie der Dokumentation zur Erstellung des Berichts mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht für das L-IPS gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich.

Im veröffentlichten Bericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form einer vollständigen erweitert aggregierten Bilanz und GuV dargestellt. Die erweitert aggregierte Bilanz, die GuV, der Lagebericht und der Risikobericht werden vom Bankprüfer des Zentralinstituts gem. § 63 Abs. 4a BWG geprüft.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung an den Risikorat auf konsolidierter Basis quartalsweise.

Bescheid

Die FMA erteilt als zuständige Behörde nach Maßgabe des Art. 113 Abs. 7 CRR iVm Art. 113 Abs. 6 CRR jedem der Mitglieder des L-IPS (siehe Allgemeine Informationen, Seite 6) jeweils als Antragsteller und Gegenpartei im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Landesebene, gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR die Bewilligung, Risikopositionen gegenüber allen anderen Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ sowie gemäß Treuhandvereinbarung, von den Anforderungen des Art. 113 Abs. 1 CRR (Zuweisung von Risikopositionen nach Maßgabe des Abschnittes 2 der CRR) auszunehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen.

Bedingungen und Auflagen

Die FMA hat mit Erteilung der Bewilligung für das L-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex-ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Hier ein Auszug der vorgeschriebenen Nebenbedingungen:

- Für das L-IPS ist eine konsolidierte Bilanz sowie GuV oder eine erweiterte (aggregierte) Zusammenfassungsverrechnung halbjährlich zu erstellen und der FMA zu melden. Dabei hat bis zum 31. Dezember 2015 ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard zur Anwendung zu kommen.
- Für sämtliche Mitglieder des L-IPS sowie für die nicht dem L-IPS angehörigen Mitglieder einer Kreditinstitutsgruppe eines Mitglieds des L-IPS sind für Zwecke der Eigenmittelberechnung des L-IPS ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard sowie einheitliche Bewertungsvorschriften bis zum 31. Dezember 2015 sicherzustellen.
- Im Bereich des Liquiditätsmanagements sind methodische Weiterentwicklungen vorzunehmen und der FMA auf monatlicher Basis die Liquidity Coverage Ratio (LCR)-Berechnung auf Ebene des L-IPS NÖ-Wien zu melden.

Die Bedingungen wurden fristgerecht umgesetzt.

Überwachung

Die Verantwortung für die fortlaufende Überwachung obliegt dem Risikorat. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter der RLB NÖ-Wien für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften bei den Mitgliedsinstituten des L-IPS. Die Leiter der Internen Revision berichten direkt an die jeweiligen Geschäftsleitungen der Mitgliedsinstitute.

Funding

Die Banken im L-IPS refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Hauptrefinanzierungsquelle des L-IPS sind die Kundeneinlagen der 54 nÖ. Raiffeisenbanken und der RLB NÖ-Wien mit einem Volumen von rund EUR 24,0 Mrd. Ende 2017 und einem Anteil von 71,7% an der Gesamtrefinanzierung.

Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis für das L-IPS und macht es weniger anfällig für Turbulenzen an den Finanzmärkten.

in EUR Mio.	2017	Anteil
Kundeinlagen	24.107	71,73%
Einlagen von Banken	3.586	10,67%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.022	14,94%
Nachrangige Verbindlichkeiten	894	2,66%
Gesamt	33.608	100,00%

in EUR Mio.	2016	Anteil
Kundeinlagen	22.984	69,86%
Einlagen von Banken	3.612	10,98%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.333	16,21%
Nachrangige Verbindlichkeiten	971	2,95%
Gesamt	32.900	100,00%

Für die RLB NÖ-Wien als Spitzeninstitut der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien ist die Diversifizierung der

Finanzierungsquellen ein strategisch wichtiges Thema. Seit 2007 verfügt die RLB NÖ-Wien über ein Rating der externen Ratingagentur Moody's Investors Service. Im Jahr 2007 wurde weiters zusätzlich zum österreichischen Emissionsprogramm das „Debt Issuance Programme“ der RLB NÖ-Wien aufgelegt, das als Basis für alle internationalen Emissionen dient. Die beiden Emissionsprogramme ermöglichen die Auflage sowohl von öffentlichen Anleihen als auch von maßgeschneiderten Privatplatzierungen.

Insbesondere der Markt für besicherte Anleihen wird von der RLB NÖ-Wien als strategisch wichtig angesehen, da diese Anleiheform in Folge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen an Bedeutung gewonnen hat. Die RLB NÖ-Wien hat zwei Deckungsstöcke (öffentlich und hypothekarisch) eingerichtet, die unter Einbindung der niederösterreichischen Raiffeisenbanken weiter ausgebaut werden. Diese Deckungsstöcke bilden die Basis für Emissionen in den nächsten Jahren.

Aufgrund ihrer Kapitalmarktaktivität legt die RLB NÖ-Wien großen Wert auf eine transparente und aussagekräftige Kommunikation mit allen interessierten Akteuren, z.B. im Rahmen von Teilnahmen an Kapitalmarktkonferenzen, Investorenmeetings und Roadshows.

Zusätzlich zur Refinanzierung auf den Kapitalmärkten nutzt die RLB NÖ-Wien Investitionsprogramme der Europäischen Investitionsbank (EIB), die das Kreditwachstum in der Eurozone fördern sollen.

Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Es liegen keine Geschäftsfälle oder sonstige Vorgänge vor, die von besonderem öffentlichem Interesse wären oder die sich wesentlich auf die Zusammenfassungsverrechnung des L-IPS 2017 auswirken würden.

Ausblick zur Entwicklung

In letzter Zeit führten Änderungen sowie die Erlassung neuer Gesetze, EU-Richtlinien und Verordnungen zur Verschärfung der rechtlichen Anforderungen. Auch in Zukunft ist mit weiteren Verschärfungen zu rechnen. Damit gehen erhöhte Anforderungen und eine strengere Rechtsprechung der Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden sowie der Gerichte einher. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Mitgliedsinstitute des L-IPS auch in Zukunft in Gerichts- und Verwaltungsverfahren involviert sein werden und dass solche allfälligen zukünftigen Verfahren bzw. deren allfälliger negativer Ausgang nachteilige Auswirkungen für die

Mitgliedsinstitute haben können. Zum Stichtag sind alle derartigen erkennbaren Risiken bilanziell berücksichtigt.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau, die herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der spürbare Umbruch im Bereich der Finanzdienstleister werden auch im kommenden Geschäftsjahr die Geschäftsstrategie und Geschäftsentwicklung der Mitgliedsinstitute des L-IPS im Bankwesen prägen.

RISIKOBERICHT

Risikobericht

Risiken von Finanzinstrumenten

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat im Rahmen des Früherkennungssystems die Erfassung, Quantifizierung, Überwachung und Berichterstattung der Risiken für den Kreis L-IPS (Raiffeisenbanken NÖ, RLB NÖ-Wien und Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) konzipiert und dargestellt. Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des L-IPS, aber auch des L-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist das Früherkennungssystem ein wesentlicher Eckpfeiler des L-IPS. Die Mitglieder des L-IPS kommen überein, dass das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe Niederösterreich-Wien als Früherkennungssystem des L-IPS verwendet wird.

Grundsätze der Früherkennung

Unter dem Begriff „Früherkennung“ wird die Notwendigkeit verstanden bei den Mitgliedern des L-IPS, aber auch beim L-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen. Unter dem Begriff „ökonomische Fehlentwicklung“ sind Ereignisse, Sachverhalte, Umstände, Faktoren sowie wirtschaftliche Kräfte zu verstehen, die bei Fortdauer oder Fortwirkung kurz- bis mittelfristig die wirtschaftliche Gesundheit sowie die Risikotragfähigkeit eines Mitgliedes und/oder des L-IPS in seiner Gesamtheit in ökonomisch nennenswerter Weise gefährden oder gefährden können. Ein wesentlicher Indikator für eine ökonomische Fehlentwicklung ist insbesondere, wenn ein festgelegter Grenzwert und/oder eine Kennziffer in ökonomisch nennenswerter Weise verletzt sind.

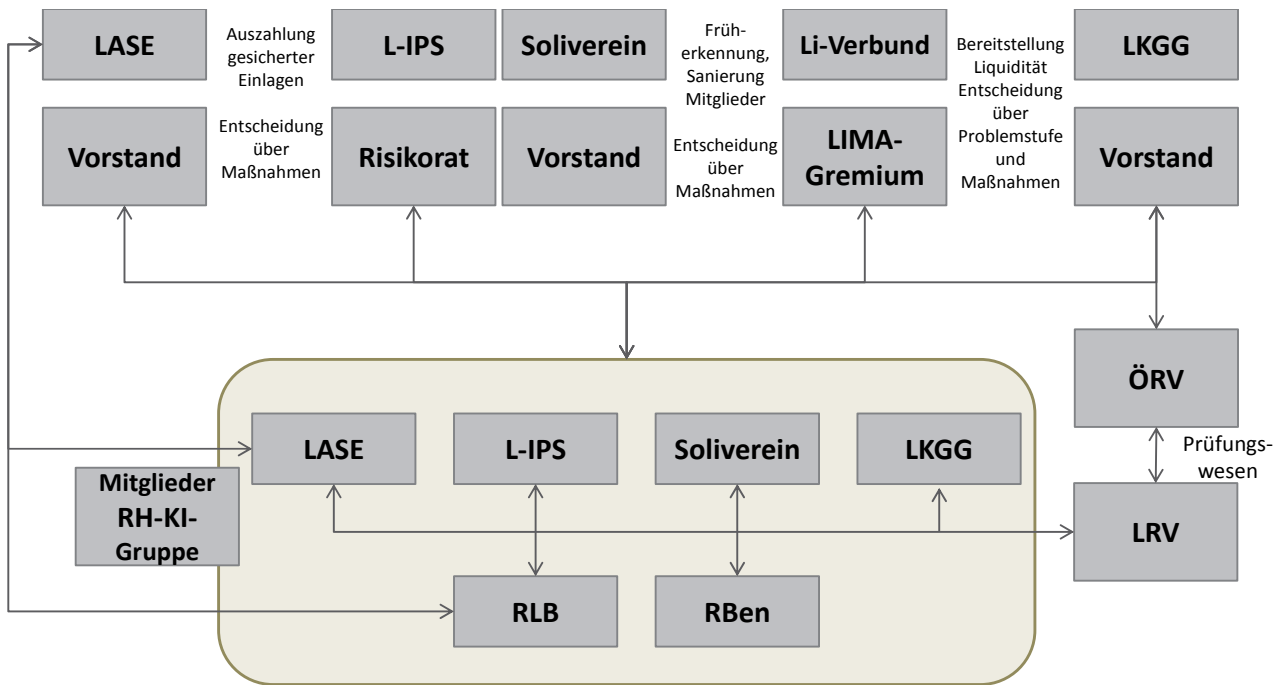
Gegenstand der Früherkennung ist es, ökonomische Fehlentwicklungen im oben definierten Sinn möglichst rasch, zeitnah und schon im Keim zu erkennen, darüber zu berichten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Die genannte Verpflichtung trifft den Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hinsichtlich aller Mitglieder des L-IPS und des L-IPS in seiner Gesamtheit sowie jedes Mitglied hinsichtlich seiner eigenen wirtschaftlichen Situation.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren mit dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller L-IPS Mitglieder zu kontrollieren und zu analysieren. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden in den einzelnen Instituten der L-IPS Mitglieder festgelegt.

Organisation des Risikomanagements

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat sich durch Mitunterfertigung des L-IPS Vertrages dazu verpflichtet, dieses Früherkennungssystem als Früherkennungssystem für das L-IPS zu betreiben. Teil des Früherkennungssystems ist die Festsetzung von L-IPS Standards, die Grenzwerte und Kennziffern zur Früherkennung definieren sowie deren Aktualisierung. Der Risikorat ist jederzeit berechtigt, diese L-IPS Standards, Kennziffern und Grenzwerte für den Anwendungsbereich des L-IPS zu modifizieren.



LASE: Landeseinlagensicherung
 Li-Verbund: Liquiditätsverbund
 LKGG: Landeskonsolidierungskreis (Bundeslandsicht)
 LIMA-Gremium: Liquiditätsmanagement-Gremium

LRV: Landesrevisionsverband
 ÖRV: Österreichischer Raiffeisenverband
 Soliverein: Solidaritätsverein
 Rben: NÖ Raiffeisenbanken

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien gewährleistet, dass das Früherkennungssystem des L-IPS den gesetzlichen Anforderungen des IPS-Rechtsrahmens voll entspricht. Sollten sich die gesetzlichen, regulatorischen und/oder vertraglichen Anforderungen an das Früherkennungssystem des L-IPS ändern, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien diese im Einvernehmen mit dem Risikorat umsetzen.

Im Rahmen des von ihr betriebenen Früherkennungssystems für das L-IPS erstellt der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien eine quartalsweise aktualisierte umfassende ökonomische Bewertung des L-IPS in seiner Gesamtheit und stellt diese dem Risikorat zur Verfügung. Diese Quartalsberichte werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Risikorat

auch dem Raiffeisen-Revisionsverband Niederösterreich-Wien seitens des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien zur Verfügung gestellt.

Liegt eine ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere eine Verletzung der im Rahmen der jeweiligen ÖRE Standards festgelegten Grenzwerte und Kennziffern in ökonomisch nennenswerter Weise vor, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien umgehend den Risikorat hiervon informieren.

Die Mitglieder des L-IPS werden mit dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien im Betrieb des Früherkennungssystems L-IPS zusammenarbeiten und in Erfüllung des Vertrages und/oder gesetzlicher und/oder regulatorischer,

jeweils in Kraft stehender Verpflichtungen, dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien alle hierfür notwendigen Daten zur Verfügung stellen. Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien kann sich für Zwecke des L-IPS der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien bedienen. Hier sind vor allem die Abteilungen Betriebswirtschaftliche Beratung (Risikotragfähigkeitsanalyse – RTFA - Raiffeisenbanken), Modelle & Analytik/Gesamtkonzernrisiko (L-IPS RTFA, Kreditrisiko für L-IPS) sowie Risiko-/Datenservice (Zins- und Liquiditätsrisiko) mit der Erstellung der L-IPS-weiten Analysen und Berichte betraut.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien ist auch die Drehscheibe dieses Informationsaustausches. Er ist berechtigt und verpflichtet, dem Risikorat Auskunft über die gesammelten Daten der Mitglieder des L-IPS und deren KI-Gruppen sowie im Anlassfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis zu geben.

Zusätzlich existieren in den verschiedenen Mitgliedsinstituten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden. Die nÖ Raiffeisenbanken werden dabei von der Abteilung Betriebswirtschaftliche Beratung der RLB NÖ-Wien durch landesweit einheitliche Risikoanalysen und –reports unterstützt.

Risikorat

Im Rahmen dieses L-IPS wird als Entscheidungsgremium der Risikorat eingerichtet. Er entscheidet in den Angelegenheiten gemäß L-IPS Vertrag. Seine Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der Risikoaspekte und auf Basis der Vorbereitung im Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien getroffen (siehe dazu auch Angaben im Lagebericht).

Basis für sämtliche in diesem Kapitel dargestellten Prozesse und Regelungen ist die zwischen den Mitgliedsinstituten abgeschlossene Vereinbarung über die Errichtung

eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ oder „Institutional Protection Scheme“ (IPS-Vertrag).

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des L-IPS und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Früherkennungs-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch die RLB NÖ-Wien, die das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung zum und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. nÖ Landesrevisionsverband und Österreichischen Raiffeisenverband eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung, frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt das L-IPS auch der laufenden Überwachung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht.

Gemeinsame Risikobeobachtung

Die gemeinsame Risikobeobachtung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien erfolgt im Rahmen des Risikorats des L-IPS. Zu den quartalsweise stattfindenden Sitzungen wird für die gesamte Raiffeisenbankengruppe ein Risikobericht auf konsolidierter Basis erstellt, der sowohl einen Value at Risk als auch einen ökonomischen Kapitalansatz umfasst. Der Risikobericht beinhaltet neben dem Gesamtrisiko und dessen Abgleich mit der Risikotragfähigkeit Detailberichte zu allen wesentlichen

Risiken, insbesondere zum Kredit- und Länderrisiko, Beteiligungsrisiko, Marktrisiko und dem operationellen Risiko. Ebenso ist das Liquiditätsrisiko unter verschiedenen Szenarien Gegenstand der Betrachtung. Diese Risikoarten werden durch den Ansatz des makroökonomischen Risikos, des Fremdwährungsrisikos und eines Puffers für sonstige Risiken ergänzt. Neben einem regelmäßigen Monitoring der Risikoverläufe und diesbezüglicher Grenzwerte ergänzen ein Bilanzkennziffern- und benchmarkbasiertes Frühwarnsystem sowie eine aktive Marktbeobachtung und ein Großexposure-Monitoring die gemeinsame Risikoüberwachung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien. Im Rahmen des Sanierungsplans (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken - BaSAG) ist ein Stresstest entsprechend der gesetzlichen Anforderungen aufgesetzt, der jährlich aktualisiert wird.

In Anlehnung an die EBA Guideline 2014-06 (on the range of scenarios to be used in recovery plans) wurde im Zuge der Entwicklung des Sanierungsplans ein makroökonomischer Gesamtbankstresstest durchgeführt. Die Effektivität und Durchführbarkeit der Sanierungsoptionen und die Angemessenheit des Frühwarn- und Sanierungsindikatorensets wurden damit getestet. Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat deshalb für das L-IPS ein Set an 4 Stressszenarien gewählt, die 2 Geschwindigkeiten und 3 Ausprägungen umfassen (Schnell/Langsam und Idiosynkratisch/Systemisch/Kombiniert).

Die im Sanierungsplan implementierten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren haben zum Ziel eine mögliche Krise frühzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls Sanierungsmaßnahmen einzuleiten (gemäß EBA GL 2015-02 Guidelines on the minimum list of qualitative and quantitative recovery plan

indicators). Der Sanierungsplan des L-IPS umfasst ein umfangreiches Set an Maßnahmen die ergriffen werden können um die finanzielle Stabilität wiederherzustellen.

Die Überwachung dieser Frühwarn- und Sanierungsindikatoren erfolgt im Zuge der Berichterstattung an den Risikorat.

Für das L-IPS wird auch ein Stresstest für die Herleitung des Sondervermögens durchgeführt. Aus den Berechnungen geht hervor, dass die bestehende Deckungsmasse und das Sondervermögen ausreichend befüllt ist.

Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des L-IPS. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des Value-at-Risk Konzepts ermittelten Risikos beurteilt, wobei auf die Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept zur IPS-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Normallfall- und Problemfall-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Extremfall-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP), wie gesetzlich gefordert.

Der gesamte ICAAP-Prozess des L-IPS wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der einzelnen L-IPS Mitglieder geprüft.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Extremfall-Perspektive (Gone Concern)	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger nicht bedienen zu können	Der unerwartete und erwartete Verlust abzüglich gebildeter Vorsorgen für Rating 5,x für den Risikohorizont von einem Jahr darf die Summe aus freien Überschuss Betriebsergebnis, freies Kapital, stille Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen sowie Portfolio- bzw. Pauschalwertberichtigungen nicht überschreiten.	99,9% abgeleitet von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Problemfall-Perspektive (Going Concern)	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (freier Überschuss Betriebsergebnis, freies Kapital, stille Reserven und gebildete Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen) muss den Value at Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des L-IPS übersteigen.	95% - unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs.	basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Im Rahmen des ICAAP-Prozesses für das L-IPS ist für die Steuerung der Extremfall- und Problemfall-Perspektive ein Ampelsystem implementiert. Die Detaillimitierung je Risikoart (beispielsweise Kreditrisiko, Zinsänderungslimite, Limitierung Liquiditätsrisiko, u.a.) sowie RTFA-Gesamtlimit erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

Extremfall-Perspektive – Gone Concern

In der Extremfall-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von erwarteten und unerwarteten Verlusten abzüglich für ausgefallene Forderungen gebildete Vorsorgen aus den Geschäften aller L-IPS Mitglieder in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Länder-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches- und operationelles Risiko) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung des Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Das L-IPS wendet bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent an, welches sich aus der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet.

Dem ökonomischen Kapital steht die Deckungsmasse gegenüber, die hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des L-IPS umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (das Verhältnis von ökonomischem Kapital zu Deckungsmasse) beträgt zum Jahresresultimo 48,2%.

Anteile der einzelnen Risikoarten in der Extremfall-Perspektive am ökonomischen Kapital:

in TEUR	2017	Anteil	2016	Anteil
Kreditrisiko Unternehmen	710.543	23,4%	796.014	25,9%
Kreditrisiko Kreditinstitute	207.418	6,8%	137.738	4,5%
Sovereigns	8.994	0,3%	7.047	0,2%
Kreditrisiko Retail	370.153	12,2%	416.151	13,6%
Kreditrisiko LRG	39.761	1,3%	77.395	2,5%
Kreditrisiko CIU's	6.721	0,2%	6.030	0,2%
Vorsorge ausgefallener Forderungen	-329.257	-10,9%	-360.359	-11,7%
Credit Value Adjustment Risiko	7.966	0,3%	11.239	0,4%
Länderrisiko	31.531	1,0%	42.532	1,4%
Beteiligungsrisiko	1.263.832	41,7%	1.299.264	42,3%
Marktrisiko	321.428	10,6%	235.123	7,7%
Operationelles Risiko	137.604	4,5%	139.598	4,6%
Liquiditätsrisiko	0	0,0%	0	0,0%
Makroökonomisches Risiko	110.524	3,6%	114.179	3,7%
Risikopuffer	144.361	4,8%	146.098	4,8%
Gesamt	3.031.577	100,0%	3.068.048	100,0%

LRG: Abkürzung für Local and Regional Governments und entspricht regionalen Gebietskörperschaften wie z.B. Gemeinden
 CIU: Collective Investment Undertaking und entspricht Fonds

Problemfall-Perspektive – Going Concern

Parallel zur Extremfall-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des L-IPS auf Basis des Going Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden freier Überschuss Betriebsergebnis, freies Kapital, Risikovorsorgen (Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden), und stille Reserven zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value at Risk (erwarteter und unerwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren (mit geringerem Konfidenzniveau von 95 Prozent) wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht. Mit diesem Ansatz sichert das L-IPS die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)

Die Stress-Perspektive soll sicherstellen, dass das L-IPS am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über ausreichend hohe Kapitalquoten verfügt. Die Analyse basiert auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden (siehe auch Stressszenarien im Kapitel „Organisation des Risikomanagements“). Als Risikoparameter kommen dabei u.a. Zinskurven, Wechselkurse und Credit Spreads, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio, Haircuts bei Beteiligungen zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten risikoartenübergreifenden Stresstests gilt den resultierenden Kapitalquoten am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese sollen einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten (Mindestquoten gemäß

SREP-Bescheid) und somit keine substanziellen Maßnahmen zur Wiederherstellung einer adäquaten Kapitalquote notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kapitalausstattung ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. Des Weiteren wird ein Reverse Stresstest im Bereich Kredit-, Beteiligungs- und Marktrisiko durchgeführt.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value at Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z.B. in Einzelpositionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität bei außergewöhnlichen Umständen.

Deckungsmasse

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung kommen unterschiedliche Szenarien zur Anwendung, die sich sowohl betref-

fend der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch der diesbezüglichen Deckungsmassen zur Abdeckung des Risikos unterscheiden.

Die Zusammensetzung der Deckungsmassen erfolgt in Szenarien wie unten dargestellt:

- Going Concern:
 - freier Überschuss Betriebsergebnis
 - freies Kapital
 - stille Reserven
 - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden
- Gone Concern:
 - freier Überschuss Betriebsergebnis (Ytd)
 - freies Kapital
 - stille Reserven
 - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden

in TEUR	2017	Anteil	2016	Anteil
Überschuss Betriebsergebnis	891.801	14,2%	138.671	2,7%
Freies Kapital	4.811.058	76,4%	4.040.624	79,0%
Risikovorsorge	150.189	2,4%	150.217	2,9%
Stille Reserven	440.200	7,0%	787.529	15,4%
Gesamt	6.293.248	100,0%	5.117.041	100,0%

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des L-IPS betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko stellen die mit Abstand wichtigsten Risikokategorien des L-IPS dar. Kreditrisiken im L-IPS werden durch die L-IPS Mitglieder überwacht und analysiert. Grundlage für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagementmethoden und -prozesse.

Das Kreditrisiko wird sowohl auf Einzelkreditbasis der Kunden als auch auf Portfoliobasis beobachtet und analysiert.

Jedes Institut hat ein umfangreiches Kreditlimitsystem auf Kundenebene im Einsatz, um die nachhaltige Marktpräsenz sicherzustellen. Bei den Einzelengagements wird darauf Bedacht genommen, dass die Bewilligungsgrenzen des Institutes geringer gehalten werden als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Grenzen. Für die Beurteilung der Bonität und Werthaltigkeit der Sicherheiten wird von jedem L-IPS Mitglied das bundeseinheitliche Raiffeisen-Rating- und Sicherheitensystem herangezogen. Der Risikogehalt der Engagements wird über ein umfassendes Ratingsystem erfasst, das je nach Anforderung der Kundensegmente verschiedene Modellvarianten aufweist. Für die Risikomessung werden alle Kunden über diese Rating- und Scoringmodelle in jeweils neun lebende Bonitätsklassen eingeteilt. Die Klassifizierung der Ausfälle folgt den Bestimmungen der CRR und teilt diese in drei Ausfallsklassen ein. Neue Ratingsysteme werden mittels statistischer Methoden entwickelt und nach umfangreicher Erstvalidierung eingesetzt. In die Ratingsysteme fließen sowohl quan-

titative Faktoren aus den Bilanzen als auch qualitative Faktoren (Soft Facts) ein. Ergänzt werden einige Rating/Scoringssysteme durch eine automatisierte Verhaltenskomponente.

Der Kreditentscheidungsprozess und das Kreditportfoliomanagement sind in der Kompetenz der L-IPS Mitglieder.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür bei den L-IPS Mitgliedern jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Ratingmodelle) eingesetzt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z.B. Sehr gute Kreditwürdigkeit 1,5) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle für Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind IPS-weit einheitliche Mess- und Ratingverfahren und sehen jeweils 12 Bonitätsstufen vor.

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs – Probability of Default) in den Forderungsklassen Retail selbstständig, Retail unselbstständig sowie Corporates werden für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien einheitlich je Ratingklasse erstellt und mittels entsprechender Modelle validiert.

Branchen- und Konzentrationsrisiken werden im Rahmen einer regelmäßigen Berichterstattung überwacht und begrenzt.

Kreditportfolio – Unternehmen

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach den neun Performing Ratingklassen 0,5 - 4,5 bzw. der drei Ausfallsklassen für Unternehmen:

in TEUR Internes Rating		2017	Anteil	2016	Anteil
0,5	Minimales Risiko	340.584	2,1%	46.374	0,3%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.223.926	7,6%	944.660	5,9%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	3.253.568	20,2%	3.026.911	18,8%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	4.894.156	30,3%	4.940.115	30,7%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	2.973.600	18,4%	3.224.372	20,0%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	2.239.905	13,9%	2.313.163	14,4%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	599.929	3,7%	799.653	5,0%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	201.985	1,3%	265.382	1,6%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	83.631	0,5%	72.815	0,5%
5,0	90 Tage überfällig	12.725	0,1%	8.369	0,1%
5,1	Andere Ausfallgründe	232.451	1,4%	286.435	1,8%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	28.780	0,2%	45.689	0,3%
	Nicht geratet	51.017	0,3%	125.237	0,8%
Gesamt		16.136.257	100,0%	16.099.176	100,0%

Das Kreditobligo bei Unternehmen belief sich zum Jahresende 2017 auf EUR 16.136,257 Mio. (VJ: 16.099,176 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 43,0% (VJ: 42,0%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in selbständige und unselbständige. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des L-IPS:

in TEUR Internes Rating	2017	Anteil	2016	Anteil
Retail-Kunden - selbständig	4.676.717	42,2%	5.737.341	47,9%
Retail-Kunden - unselbständig	6.414.359	57,8%	6.233.848	52,1%
Gesamt	11.091.075	100,0%	11.971.190	100,0%
davon notleidende Kredite	468.925	4,2%	406.922	3,4%
davon Einzelwertberichtigungen	261.838	2,4%	262.177	2,2%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	4.745	0,0%	4.914	0,0%

Zum Jahresende 2017 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio ein Volumen von insgesamt EUR 11.091,075 Mio. (VJ: 11.971,190 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 29,5% (VJ: 31,2%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die Forderungsklasse Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmo-

dell der Raiffeisenbank International AG (RBI) für diese Finanzinstitute, das auch für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien als Vorlage dient, basiert auf einem Peer-Group-orientierten Ansatz, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Informationen berücksichtigt werden. Das finale Rating für diese Kundengruppe ist durch das Länderrating des jeweiligen Heimatlandes begrenzt.

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Assetklasse werden aufgrund der geringen

Anzahl an Kunden (und an beobachtbaren Ausfällen) in einzelnen Ratingstufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in TEUR Internes Rating		2017	Anteil	2016	Anteil
0,5	Minimales Risiko	112.001	2,2%	112.064	1,8%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	392.969	7,6%	250.406	4,0%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	354.121	6,9%	249.874	4,0%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	4.210.998	81,5%	5.312.421	85,8%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	81.780	1,6%	182.603	2,9%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	4.357	0,1%	43.193	0,7%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	475	0,0%	19.015	0,3%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	0	0,0%	3.827	0,1%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallgründe	7.794	0,2%	2.780	0,0%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	0	0,0%	0	0,0%
NR	Nicht geratet	2.691	0,1%	18.157	0,3%
Gesamt		5.167.187	100,0%	6.194.341	100,0%

Das Kreditobligo an Kreditinstitute belief sich zum Jahresende 2017 auf EUR 5.167,187 Mio. (VJ: 6.194,341 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 13,8% (VJ: 16,1%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da

Ausfälle in dieser Assetklasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt

in TEUR		2017	Anteil	2016	Anteil
Internes Rating					
0,5	Minimales Risiko	3.047.774	59,0%	2.353.894	57,4%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.598.858	30,9%	1.451.859	35,4%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	59.541	1,2%	53.833	1,3%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	124.248	2,4%	57.101	1,4%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	275.091	5,3%	177.713	4,3%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	54.213	1,0%	111	0,0%
3,5	Knappere Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	1	0,0%	15	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallsgründe	17	0,0%	8	0,0%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	0	0,0%	0	0,0%
NR	Nicht geratet	6.506	0,1%	6.407	0,2%
Gesamt		5.166.249	100,0%	4.100.940	100,0%

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2017 auf EUR 5.166,249 Mio. (VJ: 4.100,940 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 13,8% (VJ: 10,7%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditrisikominderungen

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur

Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den das L-IPS Institutsmitglied bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind im Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien der L-IPS Mitgliedsinstitute festgelegt.

Die Forderungen an Kreditinstitute, Öffentlichen Sektor und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo

(Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die Marktwerte der Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

in TEUR	Maximales Kreditobligo		2017	Maximales Kreditobligo		2016
	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten
Kreditinstitute	5.077.267	76.727	89.920	6.052.102	83.861	142.239
Öffentlicher Sektor	5.155.626	175.314	10.623	4.090.756	243.727	10.185
Unternehmen	8.457.047	2.970.344	7.679.210	8.983.720	2.770.893	7.115.456
Retail-Kunden - selbständig	1.838.734	630.667	2.837.983	2.289.625	651.022	3.447.717
Retail-Kunden - unselbständig	2.467.973	717.076	3.946.386	2.431.517	682.527	3.802.331
Gesamt	22.996.646	4.570.129	14.564.123	23.847.720	4.432.031	14.517.927

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Problemkredite – also Aushaftungen, bei denen materielle Schwierigkeiten oder Zahlungsverzug erwartet werden – bedürfen einer weitergehenden Bearbeitung. In den Non-Retail-Bereichen entscheiden in den einzelnen Einheiten Problemkreditrunden über die gefährdeten Kredite. Problemkredite werden im Fall einer notwendigen Sanierung an Spezialisten oder Restrukturierungseinheiten (Sanierungs-Abteilungen) übergeben. Deren speziell geschulte und erfahrene Mitarbeiter beschäftigen sich insbesondere mit mittleren bis großen

Fällen und werden dabei auch durch die hausinternen Rechtsabteilungen oder externen Spezialisten unterstützt. Sie wirken maßgeblich an der Darstellung und Analyse sowie der Bildung etwaiger Risikovorsorgen (Abschreibungen, Wertberichtigungen oder Rückstellungen) mit und können durch die frühzeitige Einbindung in der Regel eine Reduktion der Verluste aus Problemkrediten erzielen.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorge

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Im L-IPS werden dabei für die Bestimmung eines Forderungsausfalls bei Non-Retail-Kunden zwölf verschiedene Indikatoren verwendet. So gilt es z.B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung

vorgenommen werden musste, eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Sanierung eines Kunden erwogen wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Richtlinien bei den Mitgliedern des L-IPS gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Stand der gebildeten Kreditvorsorgen:

in TEUR	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
Firmenkunden	199.306	253.165
Retail-Kunden	266.583	267.091
Öffentlicher Sektor	2.330	1.305
Summe Nichtbanken	468.219	521.561
Kreditinstitute	10.403	7.934
Gesamt	478.622	529.495

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Assetklassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

in TEUR	NPL	2017 NPL Ratio	NPL	2016 NPL Ratio
Ausgefallene notleidende Kredite gesamt	862.108	3,6%	996.803	4,4%

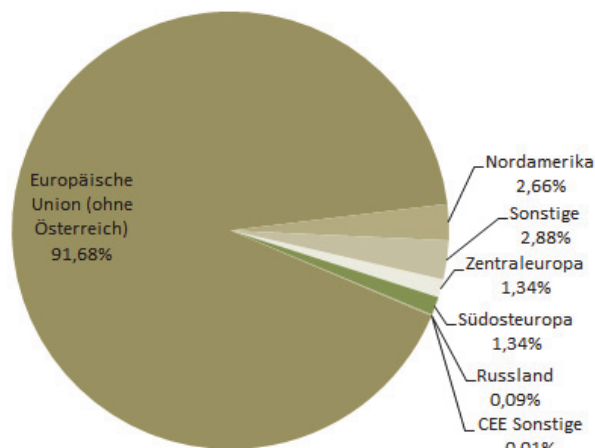
Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten.

Die aktive Länderrisikosteuerung erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Unabhängig von der Limitierung wird das Länderrisiko im Rahmen der Problem- und Extremfall Perspektive durch einen zusätzlichen Risikoaufschlag für „Crossborder“-

Risiken berücksichtigt, da im Rahmen der Ratingeinstufungen politische Risiken sowie Transfer- und Konvertierungsrisiken durch etwaige Ceilings (Deckelung der Endnote im Rahmen der Bonitätsbeurteilung der Einzelkunden durch das Rating des Sovereigns) im Ratingansatz in der Regel nicht zur Gänze berücksichtigt wird.

Das aushaftende Kreditobligo der L-IPS-Institute entfällt zu 79,1% auf Kreditobligo in Österreich 20,9% des Kreditobligos ist an Kreditnehmer außerhalb Österreichs zuzurechnen.



Die Länderverteilung des Kreditobligos (ohne Österreich) zeigt im vorliegenden Berichtsjahr einen dominierenden Anteil des Obligos von 91,68% (VJ: 74,1%) in der EU. Daher ist

das darüber hinaus gehende Obligo mit 8,32% (VJ: 25,9%) in sonstigen Regionen (143 Einzelregionen und europäische und internationale Institutionen) vernachlässigbar. Im Vergleich zum Jahr 2016 zeigt das Länderrisiko eine stabile Entwicklung.

Beteiligungsrisiko

Im Hinblick auf das Beteiligungsrisiko werden folgende Teilrisikoarten gemessen, analysiert und überwacht:

- Dividendenausfallrisiko
- Teilwertabschreibungsrisiko
- Veräußerungsverlustrisiko
- Risiko aus gesetzlichen Nachschusspflichten
- Risiken aus strategischer (moralischer) Sanierungsverantwortung
- Risiko aus der Reduktion von stillen Reserven

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungsrisiken 2017 des L-IPS für den Extremfall:

in TEUR Beteiligungen	Buchwert	Stille Reserven/Lasten	Verkehrswerte	Ökonom. Kapital Beteiligungen Extremfall
RBI (Zentralinstitut)	2.248.768	-69.250	2.179.518	653.855
Beteiligungen & Immobilien	1.620.451	170.030	1.841.584	609.976
Gesamt	3.869.219	100.780	4.021.103	1.263.832

Marktrisiko

Die Mitglieder des L-IPS definieren Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung des Marktpreises der Handels- und Investmentpositionen. Das Marktrisiko wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z.B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Alle Marktrisiken werden auf L-IPS-Ebene mittels Value at Risk (VaR)-Ansatz gemessen und überwacht. Die Steuerung findet bei den einzelnen L-IPS Mitgliedern statt.

Die Berechnung des Marktrisikos erfolgt entsprechend den definierten Konfidenzintervallen. Für das Bankbuch wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen gerechnet, für das Handels-

buch wird das Eigenmittelerfordernis für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko abzüglich Eigenmittelerfordernis für Fremdwährungen herangezogen.

Value at Risk (VaR)

Nachstehende Tabelle stellt die Risikokennzahlen (VaR 99,9% 1 Tage) für das Marktrisiko der Handels- und Bankbücher je Risikoart dar:

Marktrisiko gesamt VaR 99,9% 1 d in TEUR	VaR per 31.12.2017	VaR per 31.12.2016
Zinsrisiko Bankbuch	10.395	5.479
Währungsrisiko	232	172
Preisrisiko Handelsbuch	49.351	32.638
Preisrisiko Bankbuch	952	1.197
Credit Spread Risiko	7.527	6.678
Gesamt	68.457	46.163

Währungsrisiko/Offene Devisenposition

Das Währungsrisiko beschreibt das Risiko der Wertveränderung der Fremdwährungsposition bedingt durch Preisverschiebungen auf den Devisenkassamärkten und wird deshalb auch als Kursänderungsrisiko bezeichnet.

Preisänderungen auf den Devisenterminmärkten, welche bei inkongruenten Terminpositionen auch bei geschlossener Devisenposition zu einer Wertminderung führen können (Swapsatzrisiko), werden als Zinsänderungsrisiko gesehen. Die Tabelle zeigt die offenen Devisenpositionen > TEUR 25 in angeführten Währungen:

in TEUR	2017	2016
AUD	78	31
CAD	82	48
CHF	2.009	1.414
CZK	466	2.912
DKK	74	260
GBP	266	-200
HRK	109	179
HUF	79	43
JPY	-3	172
MXN	-26	-16
NOK	1.718	24
NZD	35	52

in TEUR	2017	2016
OFX	11.376	10.835
PLN	65	114
RON	26	95
RUB	43	40
SEK	8	-3

Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Zinsrisiken im Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der erwartete oder geplante Wert bzw. Ertrag aufgrund einer Marktzinsänderung nicht erreicht wird. Das Zinsänderungsrisiko enthält sowohl einen Einkommenseffekt (Nettozinsenertrag) als auch einen Barwerteffekt.

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im L-IPS zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Seit dem Jahr 2002 besteht für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik an die Aufsichtsbehörde ein quartalsweises Berichtswesen, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden

dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Preisrisiko

Unter dem Preisrisiko aus Wertpapieren versteht man die Gefahr, dass der Wert eines Portfolios (z.B. Aktien, Renten, Rohstoffe) aufgrund von Kurs- bzw. Zinsänderungen negativ beeinflusst wird. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Kursänderungen, die nicht ausschließlich von der Bonität der jeweiligen Unternehmen abhängen (dieses Risiko wird als Kreditrisiko angesetzt), sondern von diversen technischen oder fundamentalen Gründen, Angeboten und Nachfragen etc., bestimmt werden.

Spreadrisiko

Spreadrisiko (Credit Spreadrisiko) ist das Verlustrisiko aufgrund sich ändernder Marktpreise hervorgerufen durch Änderungen von Credit Spreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Es kommt zu keiner Doppelzahlung mit dem Kreditrisiko, weil auch bei unveränderter Bonität/Rating eine Marktschwankung durch sich veränderte Credit Spreads eintreten kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Bank ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und zeitgerecht erfüllen kann und dass im Falle unzureichender Marktliquidität Geschäfte nicht abgeschlossen werden können oder zu ungünstigeren Konditionen abgeschlossen werden müssen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.)
- Liquiditätsfristentransformationsrisiko (Liquiditätsrisiko i.w.S.)

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten

Kreditlinien) ein. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden das Marktliquiditätsrisiko (Assets können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden) verstanden.

Die Liquiditätssteuerung inklusive Fundingplanung und Emissionstätigkeit erfolgt dezentral durch die L-IPS Mitglieder. In Erfüllung ihrer Funktion als Zentralinstitut erfolgt die Interbanken-Refinanzierung der Raiffeisenbanken und der Großteil der Emissionstätigkeit über die RLB NÖ-Wien, die Raiffeisenbanken begeben gelegentlich Eigenemissionen (Kassenobligationen).

Der Risikorat bedient sich zur Überwachung der Einhaltung sämtlicher Liquiditätserfordernisse auf L-IPS Ebene und auf Ebene seiner Mitglieder des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und des von diesem unter der Verantwortung des Risikorates betriebenen Früherkennungssystems. Der Risikorat bedient sich des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Mitglieder.

Es entspricht dem Selbstverständnis der RLB NÖ-Wien als Zentralinstitut des niederösterreichischen Liquiditätsverbundes, dass dem Ersuchen eines angeschlossenen Kreditinstituts nach Bereitstellung weiterer Liquidität — im Bedarfs- wie im Notfall — bestmöglich entsprochen wird.

Sollten die Mittel des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes bzw. die Finanzierungsquellen der RLB NÖ-Wien nicht ausreichen, wird bei der ÖRE Liquiditätsbedarf angemeldet. Diesem wird bestmöglich von der RBI entsprochen bzw. kann der Risikorat eine B-IPS-Liquiditätshilfe vorschreiben. Letztere ist subsidiär zu den bereits auf Bundesebene im Rahmen des dort eingerichteten Liquiditätsverbundes gewährten Liquiditätshilfen zu beschließen, sofern und solange ein eingerichteter Liquiditätsverbund besteht bzw. ein Vertragspartner bei diesem Bundesliquiditätsverbund Mitglied ist.

Für eine möglichst umfassende Betrachtung der Liquiditätssituation wurden vier Szenarien definiert (Normalfall, Systemkrise, Rufkrise, Kombinierte Krise). Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend eine Bestandsbetrachtung inklusive eingeschränkter Neugeschäftsanahmen (kundeninduziertes Neugeschäft aufgrund der Rollierungsannahmen) durchgeführt wird. Ziel der unterschiedlichen Szenarien ist es, die dem entsprechenden Marktumfeld angepasste Darstellung der Auswirkungen auf die Liquiditätsablaufbilanz darzustellen. Diese können durch unterschiedliches Verhalten der Marktteilnehmer hervorgerufen werden, insbesondere betreffend die nicht deterministisch festgelegten Cashflows, wie z.B. Spar- und Sichteinlagen.

Die Risikomessmethode des Liquiditätsrisikomanagements für das L-IPS sowie deren Mitgliedern wird nachfolgend erläutert.

Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend kein explizit geplantes Neugeschäft durchgeführt wird. Die Szenarien unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Auswirkung auf die bestehende Kapitalablaufbilanz (ON- und OFF Balance Positionen) in der jeweils angenommenen Stresssituation.

Im Rahmen der Risikobetrachtung werden die bestehenden Liquiditäts-GAPS (Überhänge bei Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen) je definiertem Laufzeitband dem jeweils vorhandenen Liquiditätspuffer, bestehend aus einem Pool an hoch liquiden Assets (tenderfähige Wertpapiere, Credit Claims, usw.), unter Berücksichtigung der definierten Szenarien, gegenübergestellt.

Generell wird starkes Augenmerk auf die Liquiditätssicherung unter Betrachtung eines definierten Überlebenshorizonts („Survival Period“) gelegt. Dieser muss durch den vorhandenen Liquiditätspuffer gedeckt werden und leitet sich aus dem bestehenden Limitsystem ab. Die Survival Period ist mit einem Monat festgelegt.

Das Modell der Messmethodik wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Des Weiteren ist ein umfassender Katalog an Liquiditätsfrühwarnindikatoren implementiert.

Für das Liquiditätsrisiko besteht für das L-IPS sowie deren Mitglieder ein detailliertes Limitsystem. Dieses unterscheidet gemäß den Vorgaben der EBA folgende Liquiditätskennzahlen:

- Operative Liquiditätstransformation,
- Strukturelle Liquiditätstransformation,
- Gap über Bilanzsumme,
- Survival Period.

Die „Operative Liquiditätstransformation“ (O-LFT) beschreibt die operative Liquidität von 1 bis 18 Monate und wird als Quotient aus Aktiva und Passiva der kumulierten Laufzeitbänder gebildet. In der Position Aktiva werden für die O-LFT-Kennziffern auch die Positionen des Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Dadurch ist ersichtlich, ob eine Bank ohne Neugeschäft (Rollover von Refinanzierungen) ihren kurzfristigen Auszahlungsverpflichtungen

nachkommen kann. Im Normalfall liegt die O-LFT des L-IPS für 1m mit 384,14% über dem Limit von 100%, im Problemfall fällt diese Kennzahl auf 134,19% - liegt somit weiterhin über dem Limit. Es gibt weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien Limitüberschreitungen.

Das zweite Modell, die „Strukturelle Liquiditätstransformation“ (S-LFT), stellt für alle Teilnehmer des L-IPS die langfristige Liquiditätssituation für Laufzeiten ab 18 Monaten dar. Diese wird als Quotient aus Passiva und Aktiva für Laufzeitbänder von 18 Monaten bis > 15 Jahre auf Einzelbasis und in aggregierter Form dargestellt. In der Position Aktiva werden für die S-LFT-Kennziffern auch die Position Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Diese Kennzahl zeigt die laufzeitkongruente Refinanzierung der langfristigen Aktiva.

Die Limits für die O-LFT und die S-LFT werden sowohl im Normalfall als auch den Krisenfällen erfüllt:

Kennzahl	Laufzeitband	Limit	Normalfall 31.12.2017	Rufkrise 31.12.2017	Systemkrise 31.12.2017	Problemfall 31.12.2017
O-LFT Operative Liquiditätsfristen- transformation	1m	100%	384,14%	141,34%	228,31%	134,19%
	3m	100%	238,85%	126,28%	191,45%	116,83%
	6m	90%	236,64%	129,02%	184,59%	116,71%
	1a	80%	216,03%	137,51%	177,44%	128,02%
S-LFT Strukturelle Liquiditätsfristen transformation	18m	80%	213,86%	138,12%	167,79%	129,78%
	∞ bis 10 Jahre	50%	180,44%	135,54%	126,78%	132,06%
	∞ bis 5 Jahre	60%	140,02%	126,82%	135,31%	124,89%
	∞ bis 3 Jahre	70%	139,89%	124,30%	133,49%	122,41%
	∞ bis 18 Monate	80%	128,46%	116,74%	126,59%	115,10%

Die dritte Kennzahl für das Monitoring des Liquiditätsrisikos stellt der „GBS-Quotient“, auch „Gap über Bilanzsumme“ dar. Der Quotient des Gaps über die Bilanzsumme wird als Quotient aus Nettopositionen je Laufzeitband und Bilanzvolumen gebildet und zeigt ein eventuell überhöhtes Refinanzierungsrisiko in einem Laufzeitband an. Für das L-IPS wird

weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien ein Limit überschritten.

Die Survival Period ist definiert als der Zeitraum bis zu dem die kumulierten Netto-Liquiditätsabflüsse über den Liquiditätspuffer gedeckt werden kann. Im Normalfall beträgt die

Survival Period 7 Jahre und bleibt auch in den Krisenszenarien bei größer als ein Jahr.

Seit dem Jahr 2014 wird die Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das L-IPS, unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR/CRD IV), der Implementing Technical Standards der EBA und der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung, die zur Umsetzung

der CRD IV in österreichisches Recht dient, an die Aufsicht gemeldet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 betrug die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) für das L-IPS 140,77%. Die gesetzliche Anforderung gemäß Artikel 460 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 betrug 80% und wurde somit eingehalten.

In der folgenden Tabelle sind die quantitativen Daten zum 31. Dezember 2017 dargestellt.

MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE - L-IPS (in EUR)		Alle Währungen	
1	Liquiditätspuffer	6.680.345.707	
2	Netto Liquiditätsabfluss	4.745.643.307	
MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (LIQUIDITY COVERAGE RATIO LCR)		140,77%	
		Gesamtbetrag ungewichtet	Gesamtbetrag gewichtet
HOCHQUALITATIVE LIQUIDE AKTIVA			
1	Level 1 - Aktiva exkl. hochqualitativer besicherter Anleihen	8.843.145.438	6.507.781.398
1	Level 1 - hochqualitative besicherte Anleihen	59.111.935	54.974.099
2a	Level 2A - Aktiva	7.283.250	6.190.762
2b	Level 2B - Aktiva	222.798.895	111.399.447
LIQUIDITÄTSPUFFER		9.132.339.518	6.680.345.707
ABFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1	Abflüsse aus unbesicherten Transaktionen/Einlagen	31.730.838.413	5.590.474.529
1,1	Privatkundeneinlagen	18.105.091.942	1.242.482.212
1,2	Einlagen auf Zahlungsverkehrskonten	391.181.665	323.014.427
1,3	Einlagen auf Nicht-Zahlungsverkehrskonten	6.350.543.308	3.115.060.397
1,4	Zusätzliche Abflüsse (u.a. Abflüsse aus Derivaten)	484.268.924	484.268.924
1,5	Zugesicherte Fazilitäten	2.503.299.192	276.057.908
1,6	Sonstige Produkte und Dienstleistungen	3.879.028.000	132.165.280
1,7	Sonstige Verbindlichkeiten	17.425.381	17.425.381
2	Abflüsse aus besicherten Ausleihungen und kapitalmarktgetriebenen Transaktionen	0	0
GESAMTABFLÜSSE		31.859.461.811	5.590.474.529

	Gesamtbetrag ungewichtet	Gesamtbetrag gewichtet
ZUFLUSS LIQUIDER MITTEL		
1		
1	1.198.661.368	844.831.222
1,1	670.107.749	335.350.872
1,2	113.219.073	94.152.808
1,3	0	0
1,4	0	0
1,5	346.588	346.588
1,6	8.755	1.751
1,7	2.110.361	2.110.361
1,8	0	0
1,9	0	0
1,10	412.868.841	412.868.841
1,11	0	0
1,12	0	0
2	0	0
GESAMTZUFLÜSSE	1.198.661.368	844.831.222
Zuflüsse gemäß der 75% Grenze		844.831.222
Zur Gänze ausgenommene Zuflüsse		0
NETTO LIQUIDITÄTSABFLÜSSE		4.745.643.307

Im Vergleich hierzu die quantitativen Daten zum 31. Dezember 2016:

MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE		Alle Währungen
(in EUR)		
1	Liquiditätspuffer	6.074.044.157
2	Netto Liquiditätsabfluss	3.911.651.128
MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (LIQUIDITY COVERAGE RATIO LCR)		155,28%

		Gesamtbetrag ungewichtet	Gesamtbetrag gewichtet
HOCHQUALITATIVE LIQUIDE AKTIVA			
1	Level 1 - Aktiva exkl. hochqualitativer besicherter Anleihen	8.078.321.140	5.855.925.755
1	Level 1 - hochqualitative besicherte Anleihen	102.561.284	95.381.994
2a	Level 2A - Aktiva	6.158.100	5.234.385
2b	Level 2B - Aktiva	235.004.047	117.502.024
LIQUIDITÄTSPUFFER		8.422.044.570	6.074.044.157
ABFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1	Abflüsse aus unbesicherten Transaktionen/Einlagen	30.944.148.950	5.517.010.139
1,1	Privatkundeneinlagen	17.553.304.011	1.252.222.250
1,2	Einlagen auf Zahlungsverkehrskonten	440.532.876	322.199.078
1,3	Einlagen auf Nicht-Zahlungsverkehrskonten	5.238.367.700	2.409.600.875
1,4	Zusätzliche Abflüsse (u.a. Abflüsse aus Derivaten)	1.007.774.858	1.007.774.858
1,5	Zugesicherte Fazilitäten	2.497.802.796	299.073.909
1,6	Sonstige Produkte und Dienstleistungen	4.114.970.000	134.742.460
1,7	Sonstige Verbindlichkeiten	91.396.709	91.396.709
2	Abflüsse aus besicherten Ausleihungen und kapitalmarktgetriebenen Transaktionen	0	0
GESAMTABFLÜSSE		30.944.148.950	5.517.010.139
ZUFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1	Zuflüsse aus unbesicherten Transaktionen/Einlagen	2.142.761.705	1.605.359.011
1,1	Fällige Zahlungen von Nicht-Finanzkunden (ausgenommen Zentralbanken)	1.075.206.663	537.868.648
1,2	Fällige Zahlungen von Zentralbanken und Finanzkunden	163.605.269	163.544.629
1,3	Zuflüsse gekoppelt an Abflüsse in Übereinstimmung mit Förderungskreditverpflichtungen	0	0
1,4	Fällige Zahlungen aus Handelsfinanzierungen	0	0
1,5	Fällige Zahlungen aus Wertpapieren, die innerhalb von 30 Kalendertagen ablaufen	60.852.337	60.852.337
1,6	Aktiva mit unbestimmten vertraglichen Endtermin	5.050	1.010
1,7	Fällige Zahlungen aus Positionen in Eigenkapitalinstrumenten eines wichtigen Indexes, sofern sie nicht gleichzeitig als liquide Aktiva erfasst werden	2.110.385	2.110.385
1,8	Zuflüsse aus nicht in Anspruch genommenen Kredit- bzw. Liquiditätsfazilitäten und anderen Fazilitäten, die von Zentralbanken bereitgestellt wurden, sofern sie nicht gleichzeitig als liquide Aktiva erfasst werden	0	0
1,9	Zuflüsse aus der Freigabe von Salden, die im Einklang mit Vorschriften für die Sicherung von Kundenhandelsaktiva auf getrennten Konten geführt werden	0	0

ZUFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1,10	Zuflüsse aus Derivaten	840.982.002	840.982.002
1,11	Zuflüsse aus nicht in Anspruch genommenen Kredit- bzw. Liquiditätsfazilitäten, die durch Mitglieder einer Gruppe oder eines institutsbezogenen Sicherungssystems bereitgestellt wurden, wobei die zuständige Behörde die Anwendung einer günstigeren Zuflussrate genehmigt hat	0	0
1,12	Sonstige Zuflüsse	0	0
2	Zuflüsse aus besicherten Ausleihungen und kapitalmarktgetriebenen Transaktionen	0	0
GESAMTZUFLÜSSE		2.142.761.705	1.605.359.011
	Zuflüsse gemäß der 75% Grenze		1.605.359.011
	Zur Gänze ausgenommene Zuflüsse		0
NETTO LIQUIDITÄTSABFLÜSSE			3.911.651.128

Für einen eventuellen Krisenfall wurde im Rahmen des Liquiditätsverbundes ein entsprechender Notfallplan festgelegt.

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z.B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren einschließlich von Sachschäden und Betrugsabsichten kontrolliert und gesteuert.

Die Risikoidentifikation, Überwachung, Messung und Risikoreduktion erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Bei ökonomischer Fehlentwicklung sind vom Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Sonstiges Risiko/Makroökonomisches Risiko

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien berücksichtigt im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse (RTFA) sowohl im Problem- als auch im Extremfall sonstige Risiken als Approximation über einen Aufschlag von 5% der quantifizierten Risiken.

Die Berücksichtigung der Risiken, die aus dem makroökonomischen Umfeld resultieren, stellen gesamtwirtschaftliche Verschlechterungen dar. Die Quantifizierung des makroökonomischen Risikos erfolgt im Rahmen des L-IPS durch Simulation des unerwarteten Verlustes unter Berücksichtigung einiger Annahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (wie Bruttoinlandsprodukt) sowie angenommener Ausfallwahrscheinlichkeiten.

AGGREGIERTE BILANZ UND
AGGREGIERTE GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG

Aggregierte Bilanz

in EUR	Aktiva	2017	2016
1.	<i>Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern</i>	1.349.990.036,34	559.747.583,69
2.	<i>Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind:</i>	2.628.649.501,57	2.068.487.024,71
	a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	2.628.649.501,57	2.068.487.024,71
	b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel	0,00	0,00
3.	<i>Forderungen an Kreditinstitute:</i>	3.367.529.244,03	4.148.369.310,25
	a) täglich fällig	1.746.339.989,06	2.085.053.036,75
	b) sonstige Forderungen	1.621.189.254,97	2.063.316.273,50
4.	<i>Forderungen an Kunden</i>	23.445.165.851,88	22.873.618.860,13
5.	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	2.695.767.623,74	2.824.438.153,95
	a) von öffentlichen Emittenten	133.827.370,31	149.793.187,19
	b) von anderen Emittenten	2.561.940.253,43	2.674.644.966,76
	darunter: eigene Schuldverschreibungen	24.290.154,28	31.716.036,85
6.	<i>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	122.353.887,53	191.816.239,84
7.	<i>Beteiligungen</i>	2.767.971.774,90	1.948.910.147,36
	darunter: an Kreditinstituten	2.252.502.498,15	15.727.522,83
8.	<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>	927.920.387,02	1.098.253.619,10
	darunter: an Kreditinstituten	0,00	0,00
9.	<i>Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</i>	12.722.857,79	10.582.486,46
10.	<i>Sachanlagen</i>	464.907.905,65	488.755.907,93
	darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	288.485.287,06	304.137.092,91
11.	<i>Anteile an einer herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft</i>	0,00	0,00
	darunter: Nennwert	0,00	0,00
12.	<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	897.238.766,55	1.046.956.328,76
13.	<i>Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist</i>	1.186.905,28	1.289.966,53
14.	<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>	20.232.002,15	24.965.303,09
15.	<i>Aktive latente Steuern</i>	38.245.786,57	13.347.736,00
	Summe der Aktiva	38.739.882.531,00	37.299.538.667,80

in EUR	Posten unter der Bilanz	2017	2016
1.	Auslandsaktiva	5.019.575.643,76	4.793.464.974,02

in EUR	Passiva	2017	2016
1.	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	3.585.614.651,64	3.611.610.445,86
	a) täglich fällig	613.609.674,78	877.528.087,87
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.972.004.976,86	2.734.082.357,99
2.	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	24.106.554.589,54	22.984.376.421,14
	a) Spareinlagen	10.991.203.450,81	10.878.462.769,89
	darunter: aa) täglich fällig	0,00	21,88
	bb) mit vereinb. Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.991.203.450,81	10.878.462.748,01
	b) sonstige Verbindlichkeiten	13.115.351.138,73	12.105.913.651,25
	darunter: aa) täglich fällig	11.968.103.548,78	11.192.039.550,76
	bb) mit vereinb. Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.147.247.589,95	913.874.100,49
3.	<i>Verbriefte Verbindlichkeiten</i>	5.021.925.660,27	5.333.259.924,79
	a) begebene Schuldverschreibungen	4.068.731.080,42	4.255.101.903,39
	b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	953.194.579,85	1.078.158.021,40
4.	<i>Sonstige Verbindlichkeiten</i>	768.450.338,64	880.620.324,16
5.	<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>	46.096.724,80	47.882.316,16
6.	<i>Rückstellungen</i>	334.492.534,02	353.339.069,10
	a) Rückstellungen für Abfertigungen	96.885.458,43	106.614.568,90
	b) Rückstellungen für Pensionen	48.260.373,23	45.268.357,09
	c) Steuerrückstellungen	12.040.737,48	18.936.105,80
	d) sonstige	177.305.964,88	182.520.037,31
6.A	<i>Fonds für allgemeine Bankrisiken</i>	227.002.091,80	212.306.091,80
7.	<i>Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</i>	893.586.277,17	970.640.561,53
8.	<i>Zusätzliches Kernkapital gem. Teil 2 Titel I Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</i>	95.000.000,00	95.000.000,00
8.A	<i>Pflichtwandelschuldverschreibungen gem. § 26 BWG</i>	0,00	0,00
8.B	<i>Instrumente ohne Stimmrecht gem. § 26a BWG</i>	113.987.493,00	113.987.699,01
9.	<i>Gezeichnetes Kapital</i>	58.384.708,18	58.592.315,54
10.	<i>Kapitalrücklagen</i>	83.297.633,18	83.502.741,64
	a) gebundene	12.911.614,47	12.908.555,79
	b) nicht gebundene	70.386.018,71	70.594.185,85

in EUR	Passiva	2017	2016
11.	Gewinnrücklagen	2.324.672.360,17	2.153.881.485,15
	a) gesetzliche Rücklage	21.452.010,00	21.452.010,00
	b) satzungsmäßige Rücklagen	1.584.399.581,26	1.428.667.715,41
	c) andere Rücklagen	718.820.768,91	703.761.759,74
12.	Hafrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG	426.379.320,00	425.590.920,00
13.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	654.438.148,59	-25.051.648,08
	SUMME DER PASSIVA	38.739.882.531,00	37.299.538.667,80

in EUR	Posten unter der Bilanz	2017	2016
1.	<i>Eventualverbindlichkeiten</i>	1.896.759.242,13	1.806.756.281,69
	darunter: a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0,00	0,00
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	1.505.803.206,36	1.767.427.545,92
2.	<i>Kreditrisiken gem. § 51 Abs. 14 BWG</i>	6.386.359.765,24	6.106.401.084,19
	darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00	0,00
3.	<i>Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften</i>	13.350.500,00	14.175.500,00
4.	<i>Anrechenbare Eigenmittel gem. Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</i>	2.914.224.135,97	2.590.903.463,63
	darunter: Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	693.804.765,02	685.701.714,37
5.	<i>Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013*)</i>	21.592.061.665,68	21.667.143.324,93
	darunter:		
	Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 Abs. 1 Lit. A der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Harte Kernkapitalquote in %)	10,28	8,79
	Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 Abs. 1 Lit. B der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Kernkapitalquote in %)	10,28	8,79
	<i>Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 Abs. 1 Lit. C der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtkapitalquote in %)</i>	13,50	11,96
6.	Auslandspassiva	5.346.391.294,20	5.293.322.485,90

Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung

in EUR	2017	2016
1. Zinsen und ähnliche Erträge	914.908.289,80	864.551.325,90
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	119.718.724,38	136.328.430,15
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-465.997.755,51	-383.962.067,52
I. Nettozinsenertrag	448.910.534,29	480.589.258,38
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	648.321.529,59	40.631.971,81
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.170.870,52	7.393.815,04
b) Erträge aus Beteiligungen	1.042.247,83	18.062.761,53
c) Erträge a. Anteilen an verbundenen Unternehmen	81.210.233,07	119.624.921,13
d) Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	560.898.178,17	-104.449.525,89
4. Provisionserträge	215.999.809,24	211.091.237,13
5. Provisionsaufwendungen	-38.056.114,45	-44.414.278,17
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	14.833.657,66	-940.420,85
7. Sonstige betriebliche Erträge	119.763.689,94	111.856.655,05
II. Betriebserträge	1.409.773.106,27	798.814.423,35
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-551.325.382,70	-583.593.876,38
a) Personalaufwand	-304.707.290,73	-340.306.551,43
darunter: aa) Löhne und Gehälter	-225.262.827,65	-230.395.192,04
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-59.688.647,26	-61.322.529,09
cc) sonstiger Sozialaufwand	-2.714.933,95	-5.381.155,39
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-8.664.529,89	-10.563.865,45
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	-1.736.986,73	708.340,45
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leist. an betr. Mitarbeitervorsorgekassen	-6.639.365,25	-33.352.149,91
b) sonst. Verwaltungsaufwend. (Sachaufwand)	-246.618.091,97	-243.287.324,95
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-29.130.412,43	-29.861.025,88
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-64.797.201,29	-65.728.623,54
III. Betriebsaufwendungen	-645.252.996,42	-679.183.525,80

in EUR		2017	2016
IV.	Betriebsergebnis	764.520.109,85	119.630.897,55
11./12.	Saldo aus den Auflösungen/Zuweisungen zu Wertberichtigungen aus Forderungen und zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	15.796.270,73	-30.515.141,49
13./14.	Saldo aus den Auflösungen /Zuweisungen zu Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	-20.592.239,47	6.966.083,55
V.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	759.724.141,11	96.081.839,61
15.	Außerordentliche Erträge	5.566,66	7.204,35
	darunter: Entnahmen a. d. Fonds f. allg. Bankrisiken	0,00	0,00
16.	Außerordentliche Aufwendungen	-9.916.935,49	-29.754.000,00
	darunter: Zuweisungen z. Fonds f. allg. Bankrisiken	-9.900.000,00	-29.754.000,00
17.	Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)	-9.911.368,83	-29.746.795,65
18.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-16.947.139,24	-21.755.158,28
19.	Sonst. Steuern, soweit nicht in P. 18 auszuweisen	-14.960.834,30	-33.782.183,97
VI.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	717.904.798,74	10.797.701,71
20.	Rücklagenbewegung	-93.103.502,22	-71.971.425,04
	darunter: Dotierung der Haftrücklage	-760.400,00	-334.400,00
	Auflösung der Haftrücklage	0,00	0,00
VII.	Jahresgewinn/Jahresverlust	624.801.296,52	-61.173.723,33
21.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	29.711.690,07	36.979.273,22
22.	Feste Vergütungen für Partizipationskapital	-74.838,00	-857.197,97
VIII.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	654.438.148,59	-25.051.648,08

Institutsbezogenes Sicherungssystem
der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien
(L-IPS)

Wien, am 19. Juni 2018

Als Vertreter des L-IPS

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erwin Hameseder', written in a cursive style.

Mag. Erwin Hameseder
Vorsitzender des Risikorats

Wien, am 19. Juni 2018

Der Vorstand



Generaldirektor
Mag. Klaus BUCHLEITNER, MBA



Generaldirektor-Stellvertreter
Dr. Georg KRAFT-KINZ



Vorstandsdirektor
Mag. Andreas FLEISCHMANN, MSc



Vorstandsdirektor
Mag. Reinhard KARL



Vorstandsdirektor
Mag. Michael RAB

ANLAGEN

Anlagen

Anlage 1: 54 nö. Raiffeisenbanken

Raiffeisenbank Region Wagram eGen.
Raiffeisenbank Region Amstetten eGen.
Raiffeisenbank im Mostviertel Aschbach eGen.
Raiffeisenbank Auersthal-Bockfließ-Groß Schweinbarth eGen.
Raiffeisenbank Region Baden eGen.
Raiffeisenkasse Blindenmarkt eGen.
Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum eGen.
Raiffeisen-Regionalbank Gänserndorf eGen.
Raiffeisenkasse Dobersberg-Waldkirchen eGen.
Raiffeisenbank Eggenburg eGen.
Raiffeisenbank Thayatal-Mitte eGen.
Raiffeisenkasse Ernstbrunn eGen.
Raiffeisenbank NÖ-Süd Alpin eGen.
Raiffeisenbank Bernhardsthal-Großkrut-Altlichtenwarth eGen.
Raiffeisenkasse Großweikersdorf-Wiesendorf-Ruppersthal eGen.
Raiffeisenkasse Günselsdorf eGen.
Raiffeisen Regionalbank Mödling eGen.
Raiffeisenbank Seefeld-Hadres eGen.
Raiffeisenkasse Heiligeneich eGen.
Raiffeisenbank Hollabrunn eGen.
Raiffeisenbank Klosterneuburg eGen.
Raiffeisenbank Korneuburg eGen.
Raiffeisenbank Krems eGen.
Raiffeisenbank Laa/Thaya eGen.
Raiffeisenbank Oberes Waldviertel eGen.
Raiffeisenbank Langenlois eGen.
Raiffeisenkasse Kreuzenstein eGen.
Raiffeisenbank Traisen-Gölsental eGen.
Raiffeisenbank Region Schallerburg eGen.
Raiffeisenbank Michelhausen eGen.
Raiffeisenbank im Weinviertel eGen.
Raiffeisenkasse Neusiedl a.d. Zaya eGen.
Raiffeisenbank Gross Gerungs eGen.
Raiffeisenkasse Orth a. d. Donau eGen.
Raiffeisenbank Ottenschlag-Martinsberg eGen.
Raiffeisenbank Pittental / Bucklige Welt eGen.
Raiffeisenkasse Poysdorf eGen.
Raiffeisenbank Wienerwald eGen.
Raiffeisenkasse Retz-Pulkatal registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Raiffeisenbank Herzogenburg-Kapelln eGen.
Raiffeisenbank Region Schwechat eGen.
Raiffeisenbank Stockerau eGen.
Raiffeisenbank Schneebergland eGen
Raiffeisenbank Tulln eGen.
Raiffeisenbank Vitis eGen.
Raiffeisenbank Waidhofen a.d. Thaya eGen.
Raiffeisenbank Ybbstal eGen.
Raiffeisenkasse Oberes Triestingtal eGen.
Raiffeisenregionalbank Wiener Neustadt eGen.
Raiffeisenbank Mittleres Mostviertel eGen
Raiffeisenkasse Wiesmath-Hochwolkersdorf eGen.
Raiffeisenbank Wolkersdorf eGen.
Raiffeisenkasse Ziersdorf registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Raiffeisenkasse Zistersdorf - Dürnkrot registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Anlage 2: Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien

- "SEPTO" Beteiligungs GmbH
- DZR Immobilien und Beteiligungs GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalservice Holding GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H.
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H.
- RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
- RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG
- RLB NÖ-Wien Holding GmbH
- RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH
- RLB NÖ-Wien Leasingbeteiligungs GmbH

Impressum

Informationen im Internet:

Auf der Website der RLB NÖ-Wien finden Sie aktuelle und ausführliche Informationen zu Raiffeisen: www.raiffeisenbank.at

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG
Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, A-1020 Wien
Tel.: +43/5/1700, Fax: +43/5/1700-901
www.raiffeisenbank.at, info@raiffeisenbank.at

Bericht zum IPS der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien:

Redaktion und Koordination:
Rechnungswesen, Mag. Stefan Puhm und Team sowie Risikomanagement, Mag. Oliver Schmölder und Team

Satz: Inhouse produziert mit firesys, firesys GmbH, Frankfurt

Redaktionsschluss:

15. Juni 2018

Hinweis/Disclaimer:

Einige wenige Marktteilnehmer neigen dazu, aus Aussagen zur zukünftig erwarteten Entwicklung Ansprüche abzuleiten und diese gerichtlich geltend zu machen. Die gelegentlich erheblichen Auswirkungen dieses Vorgehens auf die betroffene Gesellschaft und ihre Anteilseigner führen dazu, dass sich viele Unternehmen bei Aussagen über Erwartungen an die zukünftige Entwicklung auf das gesetzlich geforderte Minimum beschränken. Die Mitglieder des LIPS sehen die Finanzberichte jedoch nicht nur als Verpflichtung, sondern möchten die Chance zur offenen Kommunikation nutzen. Damit dies auch weiterhin möglich ist, betonen wir: Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Mitglieder des LIPS zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können wir nicht ausschließen